Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Betge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljähr 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 12. **Magdeburg, Mittwoch, den 15. Januar 1902.** **13. Jahrgang.**

Graf Bülow und die Polen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause schreibt uns unser H-Korrespondent:

Das preußische Abgeordnetenhaus war am Montag der Schauplatz erregter und bedeutsamer Debatten. Auf der Tagesordnung stand die Beratung von zwei Interpellationen, die sich auf die in letzter Zeit so akut gewordene Polenfrage bezogen; sowohl die nationalliberale wie die polnische Fraktion hatten die Wreschener Vorgänge und die in der Thronrede über die preußische Polenpolitik enthaltenen Ankündigungen zum Anlaß genommen, die Regierung über die in den Ostmarken eingeschlagene Marschroute zu interpellieren.

Die Aktualität der Materie wie die Erwartung einer großen, programmatischen Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Bülow hatte auf das Haus wie auf das Publikum eine außerordentlich starke Anziehungskraft ausgeübt; die Tribünen waren überfüllt, die Abgeordneten in großer Anzahl versammelt. Am Regierungstisch hatte der Ministerpräsident, Herr von Bülow, mit einem großen Stabe preußischer Minister und Geheimräte Platz genommen.

Als erster Redner nahm der Nationalliberale Hobrecht das Wort; er begründete die Interpellation seiner Fraktion, die bekanntlich seit langem die parlamentarische Leitung in der Bekämpfung des Polentums übernommen hat, in äußerlich maßvoller Weise. Er verlangte von der Regierung eine bindende Zusage, daß sie in der Polenpolitik in der scharfen Tonart verharren werde. Dabei mußte er zugeben, daß eine Schwächung des Deutschtums in den östlichen Provin während der letzten Jahre nicht erfolgt sei.

Als Antipode hielt demgegenüber der polnische Führer von Jazdzewski eine wohlüberlegte und bei aller des Tones stets auf sachlichem Material fußende A rede gegen die neuere preußische Polenpolitik. Er zo sonders die Unterdrückung der polnischen Sprache im Re gionsunterricht in den Volksschulen in den Bereich seiner Kritik, besprach die Ereignisse in Wreschen und bezeichnete die Germanisierungspolitik des prügelnden Bakels in der Hand des Lehrers als eine Barbarei. Bei der Fällung des Gnesener Urteils hätte die Justiz, so meinte der Redner, vor Scham ihr Angesicht bedecken sollen. Diese gegen die Rechtsprechung eines preußischen Gerichtes sich wendende Aeußerung trug dem polnischen Wortführer seitens des Präsidenten von Kröcher, der mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte, einen Ordnungsruf ein.

Auf die Interpellation antwortete namens der preußischen Regierung Ministerpräsident Graf Bülow in einer groß disponierten Kundgebung von außerordentlicher politischer Bedeutung. Es war die längste Rede, die Graf Bülow sowohl als Staatssekretär wie als Reichskanzler im Parlament gehalten hat, er sprach etwa 1½ Stunden, häufig unterbrochen von den lebhaften Zustimmungsäußerungen der Rechten und der Nationalliberalen und von ebenso energischem Widerspruch auf polnischer und freisinniger Seite. Graf Bülow hatte die ganze Jovialität, die ganze Liebenswürdigkeit des diplomatischen Charmeurs zu Hause gelassen; er sprach mit auffallender Schärfe und mit dem Pathos einer durch nichts zu erschütternden Energie. Was er sagte, war nicht mehr und nicht weniger als die offizielle und endgültige Kriegserklärung gegen die polnische — oder, wie Graf Bülow sagte — die großpolnische Agitation, als deren Ziel der Reichskanzler die Wiederherstellung des alten Köngreichs Polen ansieht. Es war die von der höchsten verantwortlichen Stelle des Reiches und Preußens ausgehende Bestätigung der neupreußischen Politik einer Zwangsgermanisierung auf administrativem Wege.

In Wreschen ist weder gegen die Züchtigungsbefugnisse der Lehrer noch gegen die Verfassung verstoßen worden, meinte Herr von Bülow. Aber — und das ist vorläufig das einzige erfreuliche Ergebnis der bedauerlichen Vorgänge — körperliche Strafen sollen im Religionsunterricht nicht mehr zur Anwendung gebracht werden. Eine freundlichere Tonart suchte Graf Bülow gegen das den Polen befreundete Centrum anzuschlagen; er versprach den deutschen Katholiken der östlichen Provinzen den weitgehenden Schutz der Regierung gegenüber allen Polonisierungstendenzen. Er erklärte, weder katholische noch protestantische, weder konservative noch liberale Politik zu machen, und er klagte ein wenig über die Schwierigkeiten, die einem leitenden Staatsmann die konfessionelle Zerrissenheit Deutschlands bereiten.

In religiösen Dingen behauptet Graf Bülow tolerant zu sein; sogar das Wort „liberal" wagte er hier schüchtern für sich in Anspruch zu nehmen. Vielleicht findet er es besonders modern, wie einst Friedrich der Große jeden nach seiner Facon selig werden zu lassen. Nur — fügte der Ministerpräsident hinzu —: „in nationalen Fragen verstehe ich keinen Spaß." Die innere Geschlossenheit des Staates ist ihm die Voraussetzung unserer Weltmachtstellung. Mit der wiederholten pointierten Betonung des deutschen Nationalbewußtseins war Graf Bülow, der sich, wie einst Bismarck sich als „ehrlicher Makler" bezeichnete, für einen „ehrlichen Mann" erklärte, ganz in seinem Fahrwasser. Er verlas zwei lange Berichte der Oberpräsidenten von Posen und Westpreußen, die die Zustände in den Ostmarken schwarz in schwarz malen, sowie eine lange, schriftlich fixierte programmatische Erklärung über die preußische Polenpolitik: Es ist eine sehr reichliche Liste aller möglichen projektierten Verwaltungsmaßnahmen.

Der Kultusminister Studt hatte die Aufgabe, die Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung im einzelnen als auf gesetzlicher Grundlage beruhend zu verteidigen. Er that es ohne sonderliches Geschick; seine reizlose Diktion stach wenig vorteilhaft ab gegen die Rede des Ministerpräsidenten, dessen Rhetorik immerhin eine zur Aufmerksamkeit zwingende Klangfärbung aufweist. Herr Studt suchte sich hinter den Einwand zu retten, daß Massenzüchtigungen nicht vorgekommen seien. Als ob das des Pudels Kern wäre!

Dann kamen noch drei Redner aus dem Hause zum Worte. Herr Fritzen vom Centrum gab den Polen, nachdem er sich vor der „großpolnischen" Agitation gebührend bekreuzigt, in ihrer Verurteilung hakatistischer Hetzereien und Studtscher Schulpolitik recht. Dagegen zeigte sich der Konservative von Heydebrand u. d. Lasa, einer der enragiertesten Reaktionäre, über das Bülowsche Programm entzückt. Nachdem noch der Pole Stychel gegen die Regierungsreden polemisierte, vertagte das Haus die Weiterberatung auf Dienstag.

Leider machte es der Gang der Rednerliste unserem Genossen unmöglich, Herrn Stöcker sowohl wie dem Grafen Bülow und dem Kriegsminister zu antworten. Morgen, wo die Etatsdebatte weitergeht, ist er dringenderweise am Erscheinen verhindert, und so mußte er sich auf die Erklärung zur Geschäftsordnung beschränken, daß er bei der zweiten Lesung des Etats die Antwort geben werde. Morgen wird an seiner Stelle unser Genosse Dr. Gradnauer unsere vielfach angegriffene Presse verteidigen.

Im übrigen brachte die heutige Debatte noch einige recht überflüssige Reden des alldeutschen Hasse, der den ungarischen Minister Szell vor die alldeutsche Klinge forderte, des Bündlers Dr. Hahn und des Silberwährungsapostels Dr. Arendt, der diesmal merkwürdigerweise nicht von der Notwendigkeit der Doppelwährung sprach, sondern sich über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat und die Aussichten der Obstruktion verbreitete. Herr Dr. Hermes von der Freisinnigen Volkspartei besprach kurz den Fall Spahn und sehr breit die Saccharingesetzgebung. Von der Ministerbank nahmen zu belanglosen Erklärungen der bayerische Bundesbevollmächtigte Herr v. Stengel, der Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Richthofen und Graf Posadowsky das Wort.

Zum Schluß warf die Polendebatte im Abgeordnetenhause noch eine Welle in den Reichstag. Der polnische Führer Fürst Radziwill setzte dem Worte des Reichskanzlers die gleiche Erklärung gegenüber, daß auch seine Freunde in nationalen Dingen nicht mit sich spaßen ließen. Morgen geht die Beratung weiter. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Dr. Arendt über die Entschädigung der Kriegsinvaliden. —

Aus unserem Citatensack.

Die widerwärtigste Erscheinung ist die, wenn eine gesetzmäßig repräsentative Regierung dem Absolutismus in der Religion Vorschub leistet. Denn zufolge des Staatsgrundgesetzes soll sie die freie Entwickelung begünstigen, wenigstens ihr nicht hinderlich in den Weg treten („Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei"); sie handelt in jenem Falle gegen ihr Wesen, sie haßt es also, und sie giebt durch ihr Verhalten auf anderem Gebiete zu erkennen, daß sie die freie Staatsform wieder los sein möchte. Denn der Absolutismus auf religiösem Gebiete begünstigt ... den Absolutismus auf dem politischen. Wer religiös unfrei ist, ist es in der Regel auch politisch. Darum haben politische Absolutisten instinktmäßig die Neigung, den Geist religiös zu verfinstern.

*

Der Politik darf auf die Religion nicht die geringste Einwirkung gestattet werden; die Politik aber darf sich von allgemeiner religiös-sittlicher Grundlage nicht entfernen; mit kirchlichen Bekenntnissen hat sie dagegen gar nichts zu schaffen. Da nun die öffentliche Schule für das Leben im Staate auszubilden, in den Schülern den Gemeinsinn zu begründen hat, so folgt daraus wiederum, daß die öffentliche Schule keine Konfessionsschule sein darf.

Adolph Diesterweg.
(Ausgewählte Schriften. 2. Band, 2. Aufl., S. 373.)

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 14. Januar 1902.

Aus dem Reichstage.

bg. **Berlin,** 13. Januar. Die rednerischen Hochfluten der Etatsberatung sind offenbar vorübergerauscht. Als kleines stilles Wässerchen lief heute die Debatte weiter. Die Kleinen und Kleinsten machten aus ihren kleinen Schmerzen große Lieder, ohne aber die Aufmerksamkeit des spärlich besetzten Hauses zu haben. Ein Lob unserer Kolonialpolitik und Schmähworte gegen Chamberlain waren die Flagge, unter der die meisten Redner segelten.

Der Reichsparteiler Stockmann konnte nur mit Bedauern konstatieren, daß das Wort vom Brotwucher auch bei den breiten Massen Verständnis gefunden habe. Der Antisemit Werner warf dem Reichskanzler in der Chamberlain-Angelegenheit offen den Gang nach Canossa vor und wußte in einem Atem für Weltpolitik und gegen England zu sprechen.

Auch Herr Stöcker gab seine Leiden über Welt- und Kolnialpolitik zum Besten, wobei er auf den wachsenden Branntweinimport in unseren Kolonien hinwies. Die Hauptsache für den streitbaren Pfaffen aber war ein Vorstoß gegen die Sozialdemokraten. Dabei wich er bedenklich von der Wahrheit ab. Er warf dem Genossen Bebel vor, daß er die Thaten der Boxer und der deutschen Armee im Kriege 1870/71 auf eine Stufe gestellt habe. Das hat sich der würdige Gottesmann aus den Fingern gesogen, Bebel hat keinen solchen Vergleich gezogen.

Das Ende des sächsischen Dreiklassen-Wahlrechts

Die Stunde des erst vor wenigen Jahren nach heftigen Kämpfen in Sachsen eingeführten Dreiklassen-Wahlrechts, das unlängst auch den letzten Sozialdemokraten aus dem Landtag eliminiert hat, dürfte bald geschlagen haben. Wenigstens schreibt der offiziöse „Sachsen-Spiegel" am Schlusse eines langen Exposés:

> In maßgebenden sächsischen Kreisen sieht man, wenn wir recht unterrichtet sind, das Dreiklassen-Wahlsystem nur als einen Notbehelf an, der dazu dienen sollte, einen Landtag zu schaffen, in dem über Verfassungsfragen mit der nötigen Ruhe und Gründlichkeit verhandelt werden kann. Da dies nun erreicht ist, dürfte auch der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein, an dem der Landtag sich abermals mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen haben wird. Manche Schwierigkeiten dürfte voraussichtlich die Frage bieten, wie am besten die Vertretung der Arbeiterschaft zu gestalten ist. Da einem Wahlrechte nach Berufsständen allenthalben große Sympathien entgegengebracht werden, ist zu hoffen, daß man diesem System vor allen anderen eine eingehende Prüfung zu teil werden läßt.

Begründet wird die in Aussicht genommene Wahlrechtsänderung in der Hauptsache damit, daß das plutokratische Dreiklassensystem „viele geistig hervorragende und ungezählte andere brave Bürger, die dem Staate nicht minder wichtige Dienste leisten, wie die Begüterten, zweifellos benachteilige". Auch befänden sich die Reichtumsverhältnisse der Bevölkerung zu sehr im Fluß, als daß man staatliche Einrichtungen von Dauer auf sie gründen könnte.

Wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, so wäre die Strafe für die dem Hasse gegen die Sozialdemokratie entsprungene gesetzgeberische Uebereilung ihr prompt auf dem Fuße gefolgt. Es geht eben nicht mehr, die Arbeiterschaft heutzutage als quantité negligeable, als eine nicht zu beachtende Größe, beiseite zu schieben. —

Der deutsch-englische Draht

ist nicht ganz in Ordnung. Bülow und Chamberlain haben sich gegenseitig durch die Blume einige Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen, die nun die Federn hüben wie drüben in eilfertige Bewegung versetzen.

Auf beiden Seiten brüstet man sich mit Furchtlosigkeit. Angeblich braucht keiner den andern. In verwandtschaftlicher Offenheit sagt man sich einige saftige Grobheiten. Auch zu „Thaten" beginnt sich die Verstimmung zwischen Deutschland und England schon zu verdichten. Der „Köln. Ztg." zufolge herrscht in englischen politischen Kreisen eine bittere Erregung. Man hört die Erwartung aussprechen, der Berliner Besuch des Prinzen von Wales werde unter den jetzigen Umständen nach der vielfach als höchst unhöflich und verletzend empfundenen Aeußerung der „Norddeutschen Allg. Ztg.", als sei der englische Thronfolger nicht eingeladen gewesen, wahrscheinlich unterbleiben. Sogar die Möglichkeit, daß die beiderseitigen Botschafter einen längeren Urlaub antreten könnten, wird erörtert. Wenn auch die verantwortlichen Personen von jeder

Uebertreibung und einer allzu ernsthaften Auffassung abraten, so wäre es doch sehr bedenklich, die heutige Sachlage leicht zu nehmen.

Auch die auswärtige Presse beobachtet die Vorgänge mit Aufmerksamkeit. Die italienische Presse meint jedoch, daß durch die Verstimmung nicht die innige Verständigung zwischen den beiden Ländern ausgeschlossen werde, weil das deutsche und das englische Volk wissen, daß ein Ausbruch der Feindschaft ihre beiderseitigen Interessen unheilbar schädigen würde. Immerhin dürfe man nicht allzusehr mit dem Feuer spielen. Sehr befriedigt ist die französische Presse über den Streit. Beiden Nationen gönnt sie die Unannehmlichkeiten. Je mehr sich Deutschland und England in die Haare geraten, um so besser für Frankreich und Rußland.

Wir nehmen den Streitfall nicht ernst. Ob Bülow und Joe Chamberlain mit großen Worten ein wenig die Luft erschüttern, ist für den Gang der Geschichte nicht von bestimmendem Einfluß.

Als humoristisches Extrem sei noch eine der Londoner Daily Mail aus Berlin zugehende Nachricht verzeichnet, wonach die Stellung Bülows ernstlich gefährdet sei. Wenn er nicht energisch gegen die Anglophoben (Englandfresser) in Deutschland auftreten könne, müsse er nach Canossa gehen, und sein Nachfolger warte bereits auf den erledigten Posten. — Wer's glaubt, zahlt 'nen Thaler.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar. Gegen die Wahl des freisinnigen Reichstagsabgeordneten für Greifswald-Grimmen, Bergrat Gothein, ist von konservativer Seite ein Wahlprotest im Reichstage eingegangen. —

— Der neue Krosigk-Prozeß wird nach Mitteilungen aus Danzig bereits in der ersten Hälfte des Monats Februar in Gumbinnen stattfinden. —

Parlamentarisches. Im Abgeordnetenhause soll die Centrumsinterpellation betreffend das Altenbekener Eisenbahnunglück der ersten Beratung des Etats vorangehen, da Herr von Thielen sie sofort beantworten will. —

— Die Budget-Kommission des Reichstages ist zum 15. Januar einberufen worden. —

— In parlamentarischen Kreisen glaubt man neuerdings annehmen zu müssen, daß ein Teil der deutschen Einzelstaaten nicht geneigt sei, mit den bereits vorliegenden Beschlüssen der Kommission des Reichstages, welche den Toleranzantrag des Centrums zu beraten hat, sich durchaus einverstanden zu erklären. —

— Vom Abg. Fischbeck (freis. Vpt.) sind zwei Abänderungsanträge zum Zolltarifgesetz eingegangen. —

— Mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion hat der Abgeordnete Knapp im Abgeordnetenhause folgende Interpellation eingebracht: Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung infolge der durch eine Verwechslung der Personen herbeigeführten Verhaftung eines durchaus unbescholtenen Elberfelder Bürgers, des Kaufmanns G. Mühlenkampf, zu treffen, um dem unschuldig Verhafteten Genugthuung für die erlittene Unbill zu verschaffen und im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit ähnliche Vorfälle für die Zukunft möglichst zu verhüten? —

— Die Zolltarifkommission des Reichstages mußte sich gestern davon überzeugen, daß nicht nur der Absatz 1, sondern auch der Absatz 2 des Zolltarifgesetzes nicht beraten werden kann, ehe der Zolltarif selbst beraten ist. Man begann daher beim Absatz 3, der von dem Zollausschlusse handelt. Mit Reden über diesen Absatz, woran sich die Mehrheitsparteien erst gar nicht beteiligen wollten, auf die zu antworten sie aber ebenso wie die Regierungsvertreter schließlich durch die Sozialdemokraten und Freisinnigen gezwungen wurden, wurde die ganze Sitzung ausgefüllt und dieser Absatz mit einer von den Sozialdemokraten beantragten Aenderung angenommen, wonach bei den Zollermäßigungen und Zollbefreiungen, die den Zollausschlüssen durch den Bundesrat gewährt werden, der Reichstag mitzuwirken hat. — Die Brotwucherparteien haben aus dieser ersten eigentlichen Sitzung bereits ersehen können, daß es sich bei den Sozialdemokraten nicht um eine blöde Pultdeckel-Obstruktion handelt, sondern daß sie ihre Pflicht, den neuen Gesetzentwurf gründlich zu beraten, sehr ernst nehmen. —

— Ueberflüssige Versicherungen. Unter der Ueberschrift „Ueberflüssige Mahnungen" wiederholt die „Deutsche Tageszeitung" zum so und sovieltenmal ihre riesig energisch klingende Versicherung, daß es am besten sei, jede Kraft- und Zeitvergeudung für die Beratung der Zollvorlage zu vermeiden, falls sie nur in der Voraussicht geschehe, daß die Agrarier sich schließlich doch auf den Boden des Regierungsentwurfs stellen. Das werde „auf keinen Fall" geschehen. — Nur nicht so „dicke thun". Man rühmt sich meistens der Tugenden, die man nicht hat. Der dicke Oertel scheint viel vom dicken Falstaff gelernt zu haben. —

— Fürstlich belohnt worden ist nach einem Bericht der Berliner „Volkszeitung" ein Lokomotivführer, der durch seine Geistesgegenwart ein voraussichtlich schweres Eisenbahn-Unglück bei Pasewalk verhütet hat. Durch seine Entschlossenheit hatte der Lokomotivführer den Staat vielleicht vor einem nach Hunderttausenden zu bemessenden Verlust bewahrt, ganz abgesehen davon, daß er auch die Passagiere des Zuges aus der höchsten Gefahr errettete. Die Eisenbahnverwaltung ließ ihm in Anerkennung der besonderen Umsicht und Aufmerksamkeit, die er bewiesen habe, eine außerordentliche Prämie von — 30 Mark auszahlen! Dabei ist diese Summe noch als verhältnismäßig hoch anzusehen, denn in der letzten Zeit sind in ähnlichen Fällen an verschiedene Eisenbahnangestellte Belohnungen gezahlt worden, die nur 20 Mark betrugen! — Angesichts derartig generöser Belohnungen werden die ohnehin so hoch entlohnten preußischen Eisenbahnbeamten bei jeder Gelegenheit ihr Leben aufs Spiel setzen und dadurch dem Staate Hunderttausende ersparen. —

— Bibel und Gesangbuch als Bekleidungsstücke. Die „Volkszeitung" teilt aus einem Reglement für die Bekleidung der Insassen städtischer Waisenhäuser folgenden amüsanten Passus mit: „Jedes Mädchen erhält bei der Einsegnung, wenn es nach derselben im Hause verbleibt, folgende neuen Bekleidungsstücke: a) 1 schwarzes Kleid, b) 1 Paar Stiefel, c) 1 Hemd, d) 1 Unterrock, e) 1 Paar Strümpfe, f) 1 Taschentuch, g) 1 Umschlagetuch, h) 1 Bibel, i) 1 Gesangbuch. Sind diese Gegenstände bei der Entlassung noch gut und brauchbar, so ersetzen sie die betreffenden neuen Stücke der Entlassungsbekleidung." — Es wäre zweckmäßig gewesen, den Körperteil mit namhaft zu machen, zu dessen „Bekleidung" Bibel und Gesangbuch bei den jungen Mädchen dienen sollen. —

Frankfurt a. M., 13. Januar. Bei den heute nachmittag hier stattgehabten Arbeitslosendemonstrationen kam es, nach einem Bericht der „Frkf. Ztg.", auf der Schnurgasse zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und der Polizeimannschaft. Die Schutzleute, die uniformierten den blanken Säbel in der Faust, die geheimen mit Ochsenziemern bewaffnet, drangen auf die in ängstlicher Flucht sich zurückziehenden Menschen ein, von denen, wie der Augenschein lehrte, auch nicht einer den Versuch machte, sich irgendwie zur Wehr zu setzen. Man bemerkte eine Anzahl Frauen, die Pakete trugen und ganz zufällig in den Schwarm hineingeraten waren. Sie und viele andere hatten unter der entschieden zu weit gehenden Energie der Polizeiorgane aufs empfindlichste zu leiden. Die Demonstranten benahmen sich, wie das Blatt ausdrücklich bemerkt, durchaus friedfertig. Ein zweiter großer Tumult ereignete sich an einer anderen Stelle der Stadt. Auch dort kamen harmlose Passanten in bedrängte Lage. Es erfolgten mehrfache Festnahmen. Gegen 5 Uhr war überall alles ruhig.

Stuttgart, 13. Januar. („Frankf. Ztg.") Die Generaldirektion der Staatsbahnen macht jetzt bekannt, daß 27 Lokalzüge wegen zu geringer Benutzung vom 15. Januar ab eingestellt werden; einige andere werden nur beschränkt. —

Freiburg, 10. Januar. Der Erzbischof erteilte 56 Theologen die niederen Weihen. Unter ihnen befand sich, nach der „Freien Stimme" auch ein Sohn des bekannten protestantischen Nationalökonomen Professor Dr. Adolf Wagner; er hat erst vor einiger Zeit hier konvertiert. — Ein immerhin nicht ungewöhnlicher Uebertritt zum Katholizismus. —

Oesterreich-Ungarn.

Der Abgeordnete Wolf und seine Wähler.

Wolf erschien Sonnabend abend vor seiner Wählerschaft in Hohenelbe und wurde stürmisch begrüßt. Er gestand offen seine Schuld in der Affaire mit Professor Seidl ein, klagte aber Schönerer und dessen Anhänger an, sie hätten die Affaire als einen willkommenen Anlaß zu einer Hetze gegen ihn benutzt, um [illegible] erledigen. Die „Alldeutsche Vereinigung" [illegible] und verurteilt wie einen Verbrecher, ohne [illegible] Er habe die Sache mit Seidl mit den Waffe[illegible]d sein Leben seinem Gegner zur Verfügung [illegible]hl ich ein geübter Schütze bin," sagte er, „schoß ich absichtlich über Seidls Kopf hinweg und ging ihm dann fünf Schritte entgegen und ließ ihm zehn Sekunden Zeit zum Zielen. Seine Kugel ging an meinem Ohr vorbei." Wolf schloß mit einem Appell an die Wählerschaft: „Ihre Abstimmung", rief er, „wird nicht nur ein politisches Urteil fällen, sondern auch über mein Leben entscheiden." Die Rede wurde mit Heilrufen aufgenommen; mehrere Wähler erklärten, die Affäre mit Seidl sei eine Privatsache Wolfs und könne auf seine politische Thätigkeit und sein Verhältnis zu seinen Wählern keinen Einfluß üben. Wolf wurde darauf von der Versammlung einstimmig als Kandidat aufgestellt. — Wähler und Kandidat scheinen einander wert zu sein. —

Frankreich.

Zur Rede Millerands.
Die Minister in Lyon und St. Etienne und die dortigen Sozialisten. — Das Gespenst der Entvölkerung.

Millerand hielt in Firening bei einem Festmahl eine Rede, in welcher er den Eintritt der sozialistischen Partei in die Regierung und ihre Mitarbeit an den Regierungsaufgaben rechtfertigte. Millerand führte aus, dieser Beitritt sei notwendig geworden infolge der Gefahren, welchen die Republik ausgesetzt gewesen sei. In einer Republik, welche das allgemeine Stimmrecht habe, müßten die Sozialisten, welche daran arbeiteten, demokratische Reformen zu verwirklichen, auch die Verantwortung übernehmen, welche aus der Mitarbeit am öffentlichen Leben hervorgehe. Der Sozialismus habe den hohen Ehrgeiz, den Menschen aus erniedrigender Unwissenheit und von den Uebeln zu befreien und ihn am Eigentum der Gesellschaft teilnehmen zu lassen. Eine Partei, welche die Gesellschaft umformen könne, müsse zuerst das Milieu, in welcher sie lebe, ändern. Wie würde sie dazu imstande sein, wenn sie die Bedürfnisse und Interessen dieses Milieus in Bezug auf alle Fragen der auswärtigen, der inneren Politik und auf kolonialem Gebiet nicht beachtete?! Der Sozialismus sei also, glücklicherweise, dazu verurteilt, Stellung zu nehmen. Millerand sagte sodann, er hoffe, die sozialistische Partei werde verstehen, sich die nötige Selbstzucht bei Ausführung dieses Zweckes aufzulegen. —

ac. Die regierungs-sozialistische „Petite Republique" ist erfreut über den „sympathischen" Empfang, den die Minister Waldeck-Rousseau, Millerand, Decrais, André usw. in Lyon und St. Etienne 2c. gefunden haben. Der sozialistische (jaurèsistische) Bürgermeister Ledin von St. Etienne hat eine Begrüßungsrede an die Minister gehalten, von der die „Petite Republique" außerordentlich entzückt ist und die allerdings ein entschiedenes Glaubensbekenntnis zum Sozialismus enthält. Mit einer gewissen ironischen Befriedigung verzeichnet der Spezialberichterstatter der „Pet. Rep." die Teilnahme mehrerer Mitglieder der antiministeriellen (guesdistischen) französischen Arbeiterpartei, so z. B. des Maire Auge von Roanne auf dem großen Bürgermeister-Bankett des Departements der Loire, das zu Ehren der Minister in St. Etienne abgehalten wurde und auf dem Waldeck-Rousseau eine große und viel beachtete Rede hielt. —

ac. Das Gespenst der Depopulation (Entvölkerung) beschäftigt die Geister in Frankreich z. Zt. wieder in erhöhtem Maße. Die Zählung von 1901 hat eine Bevölkerungsziffer von 38 961 945 ergeben, es ist dies eine Steigerung seit der letzten Zählung von 1896 von nur 444 623 Einwohnern. Das ist aber noch eine der höchsten Steigerungsziffern der letzten Jahrfünfte. Noch trüber aber wird das Bild, wenn man, wie das Jacques Bertillon im „Temps" thut, je ein Jahrzehnt mit dem andern vergleicht, danach ergiebt sich folgendes: die Zunahme der Bevölkerung in dem Jahrzehnt von 1872—1881 betrug noch 1 302 369, die von 1881—1891 937 005, die von 1891—1901 sogar nur 619 650. — In Deutschland betrug die Zunahme in dem Jahrzehnt von 1881—91 6 917 014. —

Großbritannien.

Pauperismus in London.

ac. Nach einer Aufstellung von John Burns giebt es gegenwärtig in der reichsten Stadt der Welt, in London, 900 000 Personen, welche in einem chronischen Zustand der Armut und der Verkommenheit leben. 3000 Personen leben zu je 8 in einem Zimmer, 9000 zu je 7, 26 000 zu je 6, 400 000 Personen haben nur einen Raum zu ihrer Verfügung. Für mehr als 1 Million von Personen bedeutet das Leben in London nichts anderes als ein Leidensgang von der Wiege bis zum Grabe. —

Italien.

Telegramm-Censur. — Straßenbahn-Vertrag. — Die dreibundfeindliche Lombardei.

ac. In einem Telegramm, das die Zustimmungsadresse einer großen Turiner Versammlung zu den neulichen Ausführungen Ferris an den „Avanti" übermittelte, wurden auf hohen obrigkeitlichen Befehl eine Anzahl angeblich beleidigender Eigenschaftsworte gestrichen. Der „Avanti" fragt spöttisch, ob man schon wieder bei der lächerlichen Censur angelangt sei, wie sie die alten Regierungen, und zumal die neapolitanischen Bourbonen, zu üben pflegten.

ac. Gegen den die Stadt Florenz in kapitalistischem Interesse schädigenden Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft, den der gegenwärtige antisoziale Magistrat plant, haben 4000 Steuerzahler dem Vicebürgermeister von Florenz einen geharnischten Protest eingereicht.

ac. Es ist bekannt, daß in der ökonomisch-industriell fortgeschrittensten Landschaft Italiens, in der Lombardei, die Abneigung gegen den Dreibund stets am stärksten war, was sich teils aus den fortlebenden guelfischen Ueberlieferungen, aus den Erinnerungen an die Frauenpeitschungen in Brescia und ähnliche kaiserlich österreichische Schandthaten, andererseits aber auch aus dem von den Industriellen und Arbeitern der Po-Gegenden besonders hart empfundenen Drucke des Militarismus und Marinismus erklärt. Die Dreibund-Feindlichkeit der Lombardei ist so allgemein bekannt, daß neulich der „Hannoversche Courier" die Wendung gebrauchte: „Der italienische Minister des Auswärtigen, Prinetti, [illegible] Lombarde, als ein Franzosenfreund." (Uebrigens ist auch der Ministerpräsident Zanardelli ein Lombarde aus Brescia.) Unter solchen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß der halb republikanische, halb monarchistisch-demokratische „Secolo" in Mailand nicht ohne große Befriedigung Bülows neuliche Reichstagsrede als den „Leichengesang" des Dreibundes bezeichnet. —

Kleine politische Nachrichten. Die „Freisinnige Zeitung" schreibt: Der Reichskanzler Graf Bülow hat am Sonnabend in seiner Rede beiläufig geäußert, daß er den Abg. Rickert zu seiner großen Freude heute wieder im hohen Hause gesehen habe. In unserem Parlamentsbericht ist durch einen Druckfehler zum Gegenstand dieser Freude Abg. Richter gemacht worden, was wir hiermit berichtigen. — Der Latifundienbesitzer in Argentinien, der in der deutschen Regierung sitzt und deshalb gegen die Hochschutzzöllnerei sein soll, ist der Geheimrat Wendelstadt, vortragender Rat im Handelsministerium, Staatskommissar der Berliner Börse. — Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen ist in Oldenburg der Hauptmann a. D. Pilotz zu 2 Monaten Festung verurteilt worden. — Im Monat November v. J. sind auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bayerischen — 12 Entgleisungen auf freier Bahn (davon 6 bei Personenzügen), 16 Entgleisungen in Stationen (davon 5 bei Personenzügen), 2 Zusammenstöße auf freier Bahn (davon 1 bei Personenzügen) vorgekommen. Dabei wurden 1 Reisende und 4 Bahnbedienstete getötet, 53 Reisende 21 Bahnbedienstete und 4 fremde Personen verletzt. —

Aus der Parteibewegung.

Julius Bruhns, jetzt in Breslau, blickte, wie unser dortiges Parteiblatt berichtet, am 10. Januar auf eine 25jährige Parteithätigkeit zurück. Bruhns ist 1860 geboren und lernte Cigarrenmacher. Er begann seine Parteithätigkeit in seiner Vaterstadt Altona, wo er 1877, kaum 17 Jahre alt, in der Reichstagswahl-Agitation für Hasenclever mitwirkte. Aus Hamburg-Altona wurde er unter der Herrschaft des kleinen Belagerungszustandes im Jahre 1881 ausgewiesen. Von 1890 bis 93 vertrat er Bremen im Reichstage. Er wurde damals in der Stichwahl gegen einen Liberalen gewählt. 1893 ging der Kreis wieder an die Freisinnige Vereinigung verloren. —

Die Reichstagswahl in Dortmund-Hörde. Zum Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Dortmund-Hörde wurde am Sonntag von den dortigen Vertrauensleuten der Genosse Th. Bömelburg-Hamburg nominiert. Der genannte Genosse wird in nächster Zeit eine Agitationstour durch den Kreis unternehmen. —

Genosse Opificius erklärt im Karlsruher „Volksfreund", daß die Behauptung, er habe schriftlich anerkennen müssen, in den nächsten fünf Jahren irgend welches Amt in der Partei nicht anzunehmen oder sonst für sie zu wirken, der freien Erfindungsgabe eines Reporters entstammt. Ein derartiges oder ähnliches Ansinnen ist an den Genossen Opificius niemals gestellt worden.

Totenliste der Partei. In Hannover starb einer der ältesten dortigen Parteigenossen, der Dr. med. L. Kugelmann, im Alter von fast 74 Jahren. Der Verstorbene, der allerdings in der Oeffentlichkeit nicht hervorgetreten ist, war ein persönlicher Freund von Karl Marx, der im Jahre 1867 bei Kugelmann in Hannover die Korrektur des ersten Bandes des „Kapital" gelesen hat. Im Jahre 1872 war Kugelmann als deutscher Delegierter auf dem Kongreß der Internationale im Haag. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 12. Magdeburg, Mittwoch, den 15. Januar 1902. 13. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(116. Sitzung.)

Berlin, den 13. Januar 1902.

Am Bundesratstisch: v. Goßler, Graf Posadowsky, Tirpitz, Frhr. von Richthofen.

Hierauf wird die

erste Lesung des Etats

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Stockmann** (Rp.):

Wenn die Sozialdemokraten gegen die Zolltarifvorlage mit dem Schlagwort „Brotwucher" kämpfen, so thun sie gut, dieses Wort auf ihre französischen Genossen anzuwenden, die für höhere Kornzölle gestimmt haben. — Im Gegensatz zum Abg. Richter halte ich den Ausbau von Verkehrswegen in unseren Kolonien für sehr wichtig. (Bravo! rechts.)

Abg. **Werner** (Antis.):

Ich stimme mit dem Herrn Vorredner darin überein, daß wir dem Beispiele Englands und Hollands folgen, um unsere Kolonien rentabel zu machen. Dem Vorschlage des Abg. Oertel auf Einführung neuer indirekter Steuern kann ich mich nicht anschließen; sollten neue Steuern notwendig werden, so muß zunächst das Großkapital herangezogen werden.

Bayerischer Staatsrat **v. Stengel**:

Werden die Matrikularbeiträge erhöht, so müssen wir die direkten Steuern erhöhen oder Kulturaufgaben müssen zurückgestellt werden. Der einzige Ausweg, der uns bleibt, ist die jetzt vorgesehene Zuschußanleihe. (Bravo! rechts.)

Abg. **Stöcker** (wildkons.):

Hoffentlich geht die Krise bald vorüber. Bei den Bankbrüchen hat sich große Gewissenlosigkeit gezeigt. Das ist aber nicht auf das Konto der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu setzen, das beruht auf den Sünden des Kapitalismus. Eine Arbeitslosenversicherung wird notwendig sein, ebenso ein geregelter Arbeitsnachweis. — Was den Fall Spahn anlangt, so hat Herr Dr. Sattler nicht recht. Der Gegensatz zwischen katholischer und evangelischer Auffassung ist nicht der schärfste. Viel schärfer ist der Gegensatz zwischen theistischer und atheistischer Auffassung. — Die Kolonien müssen wir erhalten und weiter ausbauen. Wenn wir in 100 Jahren die nötige Baumwolle aus den Kolonien bekommen, haben wir sie nicht umsonst angelegt. — Der Reichskanzler hat die ungehörigen Aeußerungen Chamberlains zurückgewiesen, er hätte aber gegen die ganze, dem deutschen Volke unsympathische Politik Front machen sollen. Die systematische Verwüstung erstreckt sich auch auf deutsche Missionen im Burenlande. (Hört, hört! rechts.) Das macht doch ein Einschreiten unserer Regierung notwendig. Thut sie es nicht, so verliert das Volk das Vertrauen zum Geiste der Regierung. Der Abg. Bebel hat es fertig bekommen, eine Parallele zu ziehen zwischen den Thaten der Boxer und den Thaten unserer Soldaten 1870/71. Nein, Herr Bebel, das dürfen Sie nicht! Auch unsere Feinde haben die Humanität unserer Truppen anerkannt. Natürlich ist der Krieg nicht nur Liebe, sondern auch Tod und Verwüstung. Redner erzählt einige Beispiele von Humanität deutscher Truppen. Und da entblödet sich eine Partei nicht, unser Verhalten 1870/71 zu vergleichen mit den Greuelthaten Boxer. (Ruf rechts: Es sind auch nicht Deutsche, sondern In nationale!) Preußische Truppen haben Geld für hungernde Chi gesammelt. Das Bedauern über die Ent...mente will ich nicht w holen. Es giebt kein Parlament in der Welt, wo die Achtur dem Vaterlande durch falsche Darstellungen so untergraben wird, bei uns durch die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.) An der Tapferkeit und Humanität unserer Truppen können nur Leute zweifeln, die durch die sozialdemokratische Presse um das eigene Nachdenken gebracht sind. Von allem Elend, Krisis und Arbeitsnot ist das größte Elend doch, daß wir hier eine Partei haben, die so zur Verachtung des Vaterlandes aufreizt wie die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär **v. Richthofen**

erklärt, daß von der Regierung alles mögliche für die in Südafrika gefangenen deutschen Missionare gethan worden sei.

Abg. **Hasse** (natl.):

Ich werde mich von Uebertreibungen und Schimpfworten fernhalten, das entspricht nicht meinem Geschmack. Wir Alldeutschen sind mit der Freitag-Rede des Reichskanzlers sehr zufrieden, sie ist uns nur etwas zu spät gekommen. Da der Minister Chamberlain erst vorgestern seine Worte aufrecht erhalten hat, müssen wir uns um so entschiedener auf die Seite des Reichskanzlers stellen. Das Haager Abkommen ist in Südafrika von den Engländern in fast jedem Punkte verletzt worden. Wären Militärbevollmächtigte auf dem Kriegsschauplatz, so könnte man das ganz zweifelsfrei feststellen. Ich begrüße es, daß man zurückhaltender gegen England geworden ist. Redner verbreitet sich über die Bedeutung und die Natur des Dreibundes. Es ist ganz richtig, daß Deutschland ihn etwas kühler behandelt. Der ungarische Ministerpräsident von Szell hat ganz falsche Behauptungen über die Thätigkeit des alldeutschen Verbandes in Ungarn aufgestellt. Die ungarische Presse ist so weit gegangen, daß sie eine angebliche Aeußerung des Kaisers anläßlich seiner letzten Reise nach Ungarn veröffentlicht hat, die gelautet haben soll, die Ungarn könnten gegenüber den Deutschen in Hermannstadt machen, was sie wollen. Ich frage die Regierung, ob diese Aeußerung auf Wahrheit beruht.

Staatssekretär Frhr. **v. Richthofen**:

Herr Hasse hat unrecht, wenn er meint, daß unsere Militärbevollmächtigten auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz eine Art Schiedsrichter hätten bilden können. Unsere Militärbevollmächtigten hätten lediglich Bericht zu erstatten gehabt und diese Berichte dürfen nicht veröffentlicht werden. Redner weist dann einige Aeußerungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg wegen ungenügenden Schutzes Deutscher im Auslande zurück.

Abg. Dr. **Hahn** (B. d. L.):

Im Volke besteht ein gewisses Mißbehagen über die Aeußerung des Herrn Reichskanzlers betreffend den Dreibund. Ein gewisses Mißtrauen empfinde ich auch gegenüber den neuesten Liebenswürdigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland. — Sollte noch in dieser Session das Börsengesetz zur Verhandlung kommen, so würden wir uns bei dieser Gelegenheit ausführlicher über die Ursachen der Krisis unterhalten und Mittel zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse vorschlagen können. Will die Sozialdemokratie wirklich den Arbeitern nützen, so muß sie ihnen dauernde Arbeitsgelegenheit verschaffen und diese ist nur bei der Landwirtschaft zu finden. Wenn es den Arbeitern aber gut geht, sind sie für die Sozialdemokratie nicht zu haben. (Sehr richtig!) Als Damm gegen die Sozialdemokratie müssen wir vor allem die Bauern schützen; an dem felsigen Kern der Bauernschaft, der nur durch einen hohen Zoll erhalten werden kann, wird die Flut der Sozialdemokratie zerschellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Herr Bebel bezeichnete die Stellung der französischen Sozialisten zu den Kornzöllen als eine Angelegenheit der inneren Politik, die in jedem Volke anders sein müßte. Daß in Frankreich, wo der mittlere Grundbesitz überwiegt, von allen Parteien Getreidezölle gefordert werden, beweist, daß diese nicht allein den Großgrundbesitzern zu gute kommen. — Wie stellt sich denn die Sozialdemokratie die Frage der Getreidezölle in der Zukunftsgesellschaft vor? — Die Sozialdemokratie hat also gar keinen Anlaß für Handelsverträge und Freihandel einzutreten und ich bin überzeugt, daß das jetzige schöne Bündnis zwischen Kommerzienräten und Sozialdemokratie recht bald in die Brüche gehen wird. Ich wollte mich eigentlich auch zum Fall Chamberlain äußern, kann aber nach den vortrefflichen Ausführungen des Reichskanzlers darauf verzichten. Das, was Herr Bebel über den Krieg 1870/7 gesagt hat übersteigt alles, was Herr Chamberlain gesagt ha Volk wird Herrn Bebel die Antwort nicht schuldig bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Unsere Absatzkrisis und auch unsere Bankkrisis stehen du... ...e im Zusammenhang mit der Handhabung des Börsengesetzes, wie Herr Hahn es darzustellen suchte. Manipulationen, die sich als strafbarer Eigennutz herausstellten, können wohl nachträglich bestraft werden, aber nicht auf Grund des Börsengesetzes verhindert werden. Preußen hat ja einen Antrag auf Abänderung des Börsengesetzes gestellt. Wenn dieser Antrag zur Verhandlung kommt, werden wir uns ja darüber verständigen können, ob und welche Aenderungen unbedingt notwendig sind.

Abg. Dr. **Hermes** (freis. Vp.):

Im Falle Spahn stehe ich ganz auf Mommsens Standpunkt. Die Professoren dürfen nur nach ihrer Tüchtigkeit angestellt werden.

Abg. Fürst **v. Radziwill** (Pole):

Auch wir acceptieren das Wort des Reichskanzlers, das heute im Abgeordnetenhause gefallen ist: Auch wir lassen in nationalen Dingen nicht mit uns spaßen. Auch eine nationale Minderheit muß in ihrem Rechte verteidigt werden. Redner wendet sich gegen einige Aeußerungen des Abg. Sattler über die Zustände in Galizien. Die Behauptung Dr. Sattlers, daß es jetzt in Galizien keine ruthenische Volksschule gäbe, ist total unrichtig. Es giebt mehr ruthenische als polnische Volksschulen.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Bebel (Soz.), daß er sich die Entgegnung auf den Reichskanzler und Kriegsminister für die weiteren Titel des Etats vorbehält.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. 1. Fortsetzung der Etatsberatung. 2. Interpellation Dr. Arendt betr. Entschädigung der Kriegsinvaliden. 3. Interpellation Oriola betr. Reform der Militärpensions-Gesetzgebung.

Schluß 6½ Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 14. Januar 1902.

— **Die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung,** die, wie wir bereits meldeten, am nächsten Donnerstag stattfindet, enthält außer einigen Etatsüberschreitungen die Bildung einer Bau-Deputation III für das Maschinen- und Heizungswesen, die Annahme eines Vermächtnisses des verstorbenen Rentners Karl **Einbeck** im Betrage von 1500 Mark zu wohlthätigen Zwecken, die Beschaffung neuer Schulbänke für das Realgymnasium und neuer Thermometer für die städtischen Schulen, die Erteilung einer Bauerlaubnis, die Verpachtung der Garderobe und der Restauration des Stadttheaters, sowie einige Teile des Stiftungs-, Hochbau- und Schuletats. Außerdem steht folgende **Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion** zur Beratung:

1. Hat der Magistrat Kenntnis von den **Satzungen des Rabatt-Sparvereins Magdeburg**?

2. Beabsichtigt der Magistrat, die Geschäftsverbindung der städtischen Sparkasse mit oben genanntem Verein trotz seiner Satzungen weiter bestehen zu lassen?"

Vielleicht ist Herr Bürgermeister **Fischer** in den letzten acht Tagen endlich so weit gelangt, um darüber Auskunft geben zu können. —

— **Der Etat der städtischen Anlagen und Erholungs-Anstalten** weist nach der Magistratsvorlage, wie sie der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist, eine Einnahme von 103 534 Mark 64 Pfg. gegen 104 919 Mark 63 Pfg. des Vorjahres auf; die Ausgabe beträgt im neuen ... 143 126 Mark 52 Pfg. gegen 141 911 Mark 47 Pfg. ...Vorjahres. Die Einnahmen der städtischen Anlagen, ...e aus Pachten, Baumschul- und Obstnutz...erträgen, ...chforsten der Anlagen, Grasnutzung, Eisbahn, Eintrittsgeldern, Stiftungen usw. resultieren, sind also etwas niedriger, die Ausgaben etwas höher wie bisher veranschlagt. Der Zuschuß der Kämmereikasse ist mit 39 591 Mark 91 Pfg. vorgesehen, während der vorjährige Etat nur 36 991 Mark 84 Pfg. vorsah.

Natürlich liegt die Pflege der Anlagen und Erholungs-Anstalten im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, — namentlich auch im Interesse der arbeitenden Klasse, deren Mitglieder nicht in der Lage sind, Sommerreisen zu machen und auf die Spaziergänge am Sonntag nachmittag angewiesen sind. In dieser Beziehung kann daher nie zu viel, wohl aber zu wenig geschehen. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Braeutigam-Remane.

(10. Fortsetzung.)

All' diese Leute hatte der heimatliche Boden, das offenherzige, freisinnige Elsaß, lange genährt. Manche waren bezahlte Spione gewesen, manche einfache Arbeiter, welche durch Instinkt und Gelegenheit zu Spionen geworden waren, und jetzt kamen sie wieder. In den Reihen der feindlichen Heere waren sie stets die Unerbittlichsten und Grausamsten, voll Gier stürzten sie sich auf ihre früheren Wohlthäter und Gönner, erfüllt von der kleinlichsten Genugthuung, heute befehlen zu können, wo sie früher hatten gehorchen müssen. Mitten in all den Greuelthaten des Krieges, zwischen all der Feigheit, all dem schmählichen Rausch der schaurigsten Tage war es gewesen, als ob plötzlich hinterlistige Sklaven einen Aufstand gegen ihre Herren unternähmen.

Deshalb hatten die Elsässer nicht vergessen. War auch jede Gefahr vorbei, da Elsaß-Lothringen Reichsland geworden, sie mißtrauten den Fremden.

„Was wollen diese Landstreicher, diese Räuber wieder von uns?" sagten sie. Und wenn sie alle Schimpfnamen gebraucht, wenn sie nicht mehr wußten, wie sie ihrem Groll Ausdruck geben sollten, kamen sie unweigerlich auf die Bezeichnung zurück, welche in ihren Begriffen jede Beleidigung, jedes Schimpfwort, das allerverächtlichste, verkörperte:

Die Prussiens„.

Die Preußen! Das bedeutete Krieg, Brutalität, Grausamkeit, geschändete Mädchen, bestohlene Keller, zerstampfte Aecker, geraubte Herden; das bedeutete Ungerechtigkeit, dumme, unnötige, zwecklose Bosheit. Das bedeutete vor allem Bilder voll Blut und voll Schmutz, voll Trauer und voll Tod, neben Scenen von lärmenden Lachen, voll von trunkener Lust. Dieses Wort enthielt all den schneidenden Schmerz und Hohn, der täglich neu noch aus wunden, gebrochenen Herzen floß, gebrochen wie die stolze Spitze des Straßburger Münsters, dieses Kleinods und Wahrzeichens des ganzen Landes, zerbrochen absichtlich, auf Befehl, als Zielpunkt für die Granaten.

Die Preußen!

Bei diesem Wort begannen alle Herzen stürmisch zu schlagen, und der Haß, der gierige, wilde Haß loderte aus jedem Auge. Trotzdem ging es den Dörfern nicht besonders schlecht. Als der Sturm einmal vorübergerauscht war, hatte das Leben sich allmählich wieder hervorgewagt. An Stelle der Ruinen errichtete man neue Häuser. Die Straßen wurden neu gebaut, die Spuren der Verwüstung weggefegt. Neue Saaten waren aufgegangen. Jeder stand wieder auf seinem Platz und verrichtete die gewohnte Arbeit.

Die deutsche Herrschaft lastete noch nicht schwer auf dem platten Lande. Die Bemühungen der Sieger richteten sich zunächst auf die Städte. Die Bauern bezahlten die gleichen Steuern wie früher, sie richteten sich nach den gleichen Gesetzen wie ehemals; im großen und ganzen war das Leben weder schlimmer noch besser für sie geworden. Die Sieger zeigten sich ziemlich selten. Bisweilen durchzogen einzelne Truppen das Land; sie hielten sich aber nirgends lange auf. Wäre nicht der ungesellige Gendarm in seiner grünen Uniform gewesen, die Landleute hätten sich noch französisch wähnen können. Alles in allem litten sie im täglichen Leben wenig von der Annexion.

Dennoch! Der unversöhnliche Groll, der aufrichtigste Zorn entflammte die gesamte Bevölkerung gegen die Sieger. Alles was „Prussien" war, oder es nur zu sein schien, wurde sofort Gegenstand des tiefsten Hasses.

Während Stockmanns Blicke auf den Erntearbeitern haften blieben, suchte er nach Gründen für diese unwandelbare Anhänglichkeit der Landbevölkerung an Frankreich. Er verstand wohl, daß die reicheren Familien, oder diejenigen, deren geistige Interessen am regsamsten waren, unbestreitbar leiden mußten unter der eisernen Strenge der preußischen Regierung, unter ihrer Politik, welche sich nur vom alles erdrückenden Militarismus, vom gröbsten Formalismus leiten ließ. Jene Familien mußten im tiefsten Herzen gekränkt sein, sie mußten jammern, weinen, verwünschen, wenn sie ungeschickt behandelt wurden, von Beamten oder Offizieren, die nicht verstanden, mit wem sie es zu thun hatten, und die in Straßburg und Metz mit derselben Rücksichtslosigkeit vorgingen, wie in Pommern, wo die Leute ein biegsames Rückgrat haben.

Aber die Bauern!

Die gleiche Sonne ließ die Saatkeime sprossen, der gleiche Regen tränkt die Erde. Unter Kaiser Wilhelm wie unter Kaiser Napoleon durchwühlten die Engerlinge den Boden, zerhackte der Hagel bisweilen die Halme.

Außer der Frage des Militärdienstes konnte Stockmann bei den Landbewohnern nicht die geringste Furcht vor der Zukunft entdecken, nicht den schwächsten Zweifel an der Gerechtigkeit der deutschen Regierung. Mehr noch sogar! In Frankreich schien derzeit die Republik eine unbeständige, unsichere, machtlose Regierungsform, die das Land allen Stürmen offen ließ, während die in sich gefestete preußische Regierung in der Stärke ihres neubegründeten Ruhmes, in der Macht ihrer geeinigten Kraft, Sicherheit und ruhiges Leben verbürgte. Alle gewaltsamen Umwälzungen, welche der Landmann mehr befürchtet als Frühreif oder Hagel, schienen ausgeschlossen. Wenn man alles wohl bedachte, brauchte der Bauer seiner früheren Lage nicht nachzutrauern.

Woher aber dann diese zähe Anhänglichkeit an das verlorene Vaterland? Aus Stolz? Der Stolz, sich nicht ergeben zu wollen, den Eroberer immer noch zu beunruhigen, konnte doch nicht stärker als das eigene Interesse sein!

Stockmann hing all' diesen Gedanken nach, ohne eine Lösung finden zu können. Schließlich kam er zu dem einzig richtigen Schluß, indem er sich sagte:

„Sie lieben Frankreich, weil sie es eben lieb haben, weil sie es lieb haben wollen, weil ihre Väter es geliebt haben, und weil tausend Gründe mitsprechen, von denen der geringste noch der ist, daß die Seele und die Intelligenz jedes Menschen aus unzähligen, von den Ahnen ererbten Regungen zusammengesetzt sind."

— **Eine neue Verfügung des Regierungspräsidenten.** Jeder Besitzer von Schweinen ist verpflichtet, bei dem Ausbruche der Schweineseuche (Schweinepest) und des Rotlaufs der Schweine unter seinem Schweinebestande und von allen verdächtigen Erscheinungen bei demselben, welche den Ausbruch einer solchen Krankheit befürchten lassen, sofort der Polizeibehörde Anzeige zu machen, auch die betreffenden Tiere von Orten, an welchem die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fern zu halten. — Auf dem platten Lande darf die in Rede stehende Anzeige, falls die Ortspolizeibehörde nicht im Seuchenorte ihren Sitz hat, auch bei dem Gemeinde- bezw. Gutsvorsteher erstattet werden. Letztere haben die eingelaufenen Anzeigen sofort der zuständigen Ortspolizeibehörde zu übermitteln. —

— **Im Eisenbahnetat** werden für die Provinz Sachsen noch verlangt: „Im Bezirk der Direktion Magdeburg: Zur Erweiterung des Bahnhofs Blumenberg und selbständigen Einführung der Strecke Staßfurt-Blumenberg in diesen Bahnhof letzte Rate 70 000 Mark, zur Erweiterung der elektrischen Beleuchtung auf dem Hauptbahnhof zu Magdeburg und auf dem Rangierbahnhof zu Sudenburg letzte Rate 95 000 Mark, zur Beseitigung des Schienenüberganges des Breitenweges und Erweiterung des Bahnhofes Neustadt-Magdeburg fernere Rate 100 000 Mark, zur Erweiterung des Bahnhofs Oschersleben fernere Rate 50 000 Mark, zur Herstellung des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Westerhüsen-Schönebeck fernere Rate 50 000 Mark, zur Erweiterung des Bahnhofs Helmstedt fernere Rate 100 000 Mark.

— **Schneider-Innung.** Die Ersatzwahl zum Gesellenausschuß findet am Donnerstag, den 16. d. Mts., abends 9 Uhr im Arbeitsnachweislokal bei E. Schulze, Gr. Münzstraße 18, statt. Die bei Innungsmitgliedern beschäftigten volljährigen Gesellen werden hierzu eingeladen. —

— **Warnung an Wohnungsmieter.** Vielfach besteht die irrige Meinung, daß, wenn ein Mieter eine Wohnung in einem Hause mietet, welches polizeilich noch nicht abgenommen ist, nur der Hauswirt strafbar ist. Der Kaufmann Fritz Großmann hier mietete in einem Neubau der Lessingstraße zwei Wohnungen und bezog sie, ohne sich darum zu bekümmern, ob der Schlußabnahmeschein schon erteilt sei. Dies war noch nicht erfolgt, da zuvor noch einige kleine Mängel beseitigt werden mußten. Im großen und ganzen war das Haus beziehbar. Der Hauswirt sowohl als sämtliche Mieter, darunter auch Großmann, erhielten Strafverfügungen. Der Angeklagte erhob Widerspruch, da er angeblich nicht gewußt habe, daß der Schein noch nicht erteilt sei. Das Schöffengericht erkannte indes am 11. Januar auf eine Mark Geldstrafe. —

— **Heiteres.** Unter den Preßprodukten Magdeburgs vertritt die „Sachsenschau" bekanntlich die Kategorie der Witzblätter. Für denjenigen, der für die Lektüre des „Simplicissimus" und des „Wahren Jacob" nicht den nötigen Verstand hat, ist dieses antisemitische Blättlein sehr empfehlenswert. In seiner letzten Nummer entrüstet sich diese Zeitung, weil unsere Genossen in der letzten Stadtverordnetensitzung gegen die einseitige Förderung des Rabatt-Sparvereins durch die Sparkasse aufgetreten sind. Wenn noch Juden im Interesse ihrer Glaubensbrüder — so ungefähr deduziert das antisemitische Blatt — vorgegangen wären! Daß aber Sozialdemokraten von ganz germanischer Herkunft diese Stellung eingenommen haben, erscheint dem Blatt wie eine Sünde gegen den heiligen Geist; denn dieses Verhalten führe nur dazu, daß die Juden gute Geschäfte machen.

Die Kaufleute, welche sich dem „Rabatt-Sparverein" angeschlossen haben, weil sie auf die reklamehaften Lockrufe des nach der Façon der angeblich so gehaßten Schnorrer und Hausierer arbeitenden antisemitischen Schutzverbandes hineingefallen sind, machen damit so schlechte Geschäfte, daß die Juden eigentlich dankbar dafür sein müssen, daß man sie nicht aufnimmt.

Im übrigen empört sich die „Sachsenschau" darüber, daß wir in unserem Blatte auf die Veranstaltungen aufmerksam gemacht haben, welche am vorigen Sonntag im „Luisenpark" stattfanden. Das harmlose Vergnügen eines Konzertes und eines Tänzchens mißgönnt das antisemitische Blatt den Arbeitern. In dem nur an der Börse und in antisemitischen Kreisen üblichen Tone heißt es:

„Man denke, das klassenbewußte Proletariat veranstaltet Gesellschaftsbälle im bürgerlichen Stile. Total verrückt!"

Aus dem ernsten Teile des humoristischen Blattes ist die Nachricht hervorzuheben, daß unser Genosse Eduard Bernstein — Trauer angelegt hat, als die Königin von England starb. Gräßlich! —

— **Herr Friedrich Braun,** Töpfer, wohnhaft Sudenburg, Lemsdorferweg 10, teilt uns mit, daß er mit einem der Gebr Braun, welche am Sonntag den Arbeiter Kanitz überfallen haben, nicht identisch ist. —

— **Auf eine Großfeuermeldung** rückte am Montag vormittag gegen 11 Uhr die Feuerwehr nach Kaiserstraße 15: Beim Teeren eines Daches hatte der Teer im Kessel Feuer gefangen und der brennende Teer floß vom Dach in die Dachrinne, wodurch ein solcher Qualm entstand, daß es den Anschein hatte, als stände das ganze obere Geschoß in Flammen. Die Gefahr wurde sehr bald beseitigt. —

— **Die goldene Medaille** und der erste Ehrenpreis mit 432 Punkten ist einem Mitgliede des Wilhelmstädter Vogelzuchtvereins, Herrn Schneidermeister Rusche in Olvenstedt, auf der Vogelausstellung am 12. Januar d. J. in Hamburg zuerkannt worden. Hieraus ist zu ersehen, daß nicht nur im Harz, sondern auch in hiesiger Gegend auf die Zucht guter Kanarienvögel großer Wert gelegt wird. —

Provinz und Umgegend.

Benneckenbeck, 13. Januar. (Notstandsarbeiten.) Am Donnerstag, 9. Januar, fand hier eine Gemeindevertretersitzung statt. Beim Punkt 4, Beratung über etwa vorzunehmende Arbeiten für arbeitslose Gemeindemitglieder, beantragte Herr Böckelmann Ausschluß der Oeffentlichkeit mit der Begründung, die Sache könnte ev. mit dem Armenetat in Verbindung gebracht werden. Nachdem sich Genosse Schmidt dagegen erklärt und Herrn Böckelmann begreiflich gemacht hatte, daß Notstandsarbeiten niemals mit dem Armenetat verquickt werden können, wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Nachdem festgestellt worden war, daß in Benneckenbeck 38 arbeitslose Gemeindemitglieder vorhanden sind, wurden die Mittel zu den Notstandsarbeiten auch bewilligt. Nachdem die Arbeitslosen in Ledige, Verheiratete und wirklich Bedürftige „gesiebt" waren, hat am Dienstag ein Bruchteil von den 38 Arbeitslosen die Notstandsarbeit aufgenommen. Einem Arbeitslosen, der sich beim Wegebau gemeldet, aber keinen Spaten und keine Hacke hatte, erhielt einfach vom Aufseher die Antwort: „Wer arbeiten will mut of Geschirre hebben." Wir sind der Meinung, daß der Gemeindevorstand ein übriges thun und den Arbeitslosen die zum Arbeiten notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stellen soll, genau so wie es in anderen Gemeinden gehandhabt wird. —

Im. **Barl**[illegible] Die Mitgliederversammlung [illegible] demokratischen Vereins, Bezirk Barleben) fand am Sonntag, den 12. Januar, statt. Genosse Elze gab bekannt, daß sich die Einnahmen vom vergangenen Jahre auf 256 Mark erhöht haben. Hierauf wurde dem Genossen Elze als Bezirksleiter Decharge erteilt. Zum nächstjährigen Bezirksführer wurde der Genosse Alwin Köhler mit großer Majorität gewählt. Als Berichterstatter wurde der Genosse Emil Müller einstimmig wiedergewählt; ebenso der Genosse Schütze als Kassenbote und die Genossen Hornemann und Görges als Revisoren.

Vom Genossen Müller wurden die Verhandlungen bekannt gegeben, die mit den Lokalbesitzern und der Lokalkommission stattgefunden haben. Hieran schloß sich eine sehr rege Debatte, aus welcher zu ersehen war, daß die Barlebener Arbeiterschaft endlich einmal beabsichtigt, eine energische Stellung zur Erringung größerer Lokalitäten einzunehmen. Ein Antrag, die Lokalkommission damit zu beauftragen, in Gemeinschaft mit dem Bezirksleiter und den Gewerkschaften ein Flugblatt in dieser Angelegenheit auszuarbeiten, wurde angenommen. —

---

r. **Burg,** 11. Januar. Aus der Stadtverordnetensitzung vom 9. Januar.) Die neu gewählten Stadtverordneten Fabrikdirektor Zweig und Ackerbürger Bethge werden durch eine Ansprache des Vorstehers, in der er hervorhob, „daß sie ihres Amtes ohne Furcht vor irgend jemand walten mögen," eingeführt. Ausgenommen ist natürlich die Furcht vor den Sozialdemokraten. Um diese aus dem Rathaus fernzuhalten, ist selbst die Erhöhung des Bürgergeldes von 50 Mark auf 60 Mark noch gestattet. Die Wahlen ergaben das vorjährige Resultat: Vorsteher v. d. Horst, Stellvertreter Kommerzienrat Steinle, Schriftführer C. Schulze, Stellvertreter P. Feldheim. Zur Einrichtung des städtischen Gasinstallationsgeschäftes werden 2000 Mark bewilligt. Der freisinnige Herr Legerlotz verurteilt die ganze Geschäftsanlage, die er lieber Privatunternehmern überlassen wünscht, und muß sich dafür von dem Vorsteher für seine vorsündflutlichen Ansichten eine recht zutreffende Abfuhr gefallen lassen. Während in anderen Städten die Vertreter der dritten Klasse das treibende Element bilden, verhalten sich die hiesigen Herren bei allen Fortschritten passiv oder treten hindernd auf, wohingegen sie bei Rückschritten Vorspanndienste leisten. Ein trauriges Volk! — Für den Umbau der alten Zeughauskaserne, in der das Armenhaus, das Siechenasyl, die Kleinkinderbewahranstalt, die Gemeindeschwestern und selbstverständlich auch die Wohnung eines Polizisten untergebracht werden sollen, werden 20 800 Mark bewilligt.

Von der zuerst in Aussicht genommenen Volksbadeanstalt ist man wieder abgekommen, vermutlich weil der Referent, der freisinnige Hahn, den Privatbadeanstalten keine Konkurrenz machen wollte. Wozu brauchen auch die Burger Arbeiter die Wohlthat eines billigen Bades. Vielleicht auch steht man hier auf dem Standpunkt jenes weisen Gemeinderates einer kleinen Stadt, der, als dort eine Badeanstalt eingerichtet werden sollte, in überzeugtem Tone ausrief: Wozu brauchen wir eine Badeanstalt, meine Herren? Sehen Sie mich an, ich bin 65 Jahre alt geworden und habe noch nicht ein einziges Mal gebadet!

Ein Antrag des Magistrats, den Wohnungsgeldzuschuß des Polizeikommissars nach seinem 2700 Mark betragenden Höchstgehalt zu bemessen, wird der geheimen Sitzung überwiesen. Warum wohl?

Der übrige Teil der Sitzung wird mit Wahlen, Ueberweisungen und Entlastungen von Rechnungen und einigen weniger wichtigen Vorlagen ausgefüllt. —

a. **Calbe a. S.,** 13. Januar. (Arbeitslos.) Auf Grube „Alfred" bei Tornitz ist 34 Mann gekündigt worden. —

— (Amtliche Bestätigung eines vorhandenen Notstandes.) Dem Deutschen Kaiserin, dessen Mitglieder meistens Arbeiter sind, ist, wie wir hören, vom Bürgermeister Mittelstädt die Abhaltung eines Maskenballes mit dem Hinweis auf den zur Zeit herrschenden Notstand untersagt worden. —

M. **Erfurt,** 11. Januar. (Arbeitslosen-Versammlung.) Heute früh um 10 Uhr fand hier eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Arbeitslosen-Versammlung statt, die von mehr als 300 Arbeitslosen aller Berufe besucht war. Das Referat hatte der Vorsitzende des Kartells, Maler Schmidt, übernommen. Eine Resolution, die dem Oberbürgermeister noch am heutigen Tage von einer dreigliedrigen Kommission überreicht werden soll, fand einstimmige Annahme. Der Arbeitslosen-Versammlung ging die heute gleichfalls stattgefundene Arbeitslosenzählung voran. —

-d- **Gommern,** 11. Januar. (Aus den Steinbrüchen.) In früheren Jahren sind in den hiesigen Steinbrüchen schon viele Arbeiter durch Sprengschüsse verletzt worden. Dies geschah größtenteils dadurch, daß während der Arbeitszeit gesprengt und den Arbeitern nicht so viel Zeit gelassen wurde, sich vor den herumfliegenden Steinen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Es erfolgte dann vor mehreren Jahren eine Verordnung, wonach das Sprengen während der Arbeitszeit mit Strafe bedroht wurde und zugleich die Betriebsführer angehalten wurden, nur während der Eßpausen unter strengster Innehaltung aller notwendigen Vorsichtsmaßregeln zu sprengen.

Trotzdem wurde und wird aber noch während der Arbeitszeit gesprengt. Die „notwendigen Vorsichtsmaßregeln" fanden (und finden) zwar Anwendung, aber größtenteils dazu, um ein etwa herannahendes „Auge des Gesetzes" zu bemerken und dann rechtzeitig das Sprengen zu unterlassen, bis „die Luft rein ist".

Auch jetzt ist wieder ein Fall zu verzeichnen, wo während der Arbeitszeit gesprengt, wenn auch ausnahmsweise wie durch ein Wunder ein Arbeiter diesmal nicht verletzt wurde. Am 8. d. Mts., vormittags 10½ Uhr, hatte der Betriebsführer G. des auf Dannigkowscher Flur belegenen Steinbruches des Herrn J. J. Schlagmann einen zum zweiten Male geladenen Sprengschuß zur Entladung gebracht, ohne vorher das den Arbeitern des dicht dabei liegenden K. Schröderschen Steinbruches anzumelden. Ueber diese ahnungslos thätigen Arbeiter ergoß sich ein förmlicher, durch die große Wirkung des Sprengschusses hervorgerufener Steinhagel.

Einer der Arbeiter hatte nun in gerechtem Erstaunen geäußert: „so etwas müsse und würde auch angezeigt werden". Diese Aeußerung kam dem Betriebsführer G. wieder zu Ohren, der daraufhin denjenigen Arbeiter, der sich so etwas zu äußern erlaubt hatte, mit Worten titulierte, die in Knigges „Umgang mit Menschen" nicht zu finden sind. Auch wollte er dem betreffenden Arbeiter das „Anzeigen" austreichen, wenn er denselben unter vier Augen träfe, und obendrein sollte der Arbeiter dann noch vier Wochen ausgesperrt werden.

Und also träumend ging er durch die Felder.

Stockmann war in einem Gasthaus des kleinen, reizenden Städtchens Niederbronn abgestiegen. Mit seinen Töchtern und einem Dienstmädchen war er von dort aus für den ganzen Tag aufs Land gekommen, wo jeder ihn gern hatte und er der großen Arbeit der Ernte beiwohnen wollte.

Hier im Freien, in der würzigen Luft der reifen Felder fühlte er sich glücklich. Er atmete aus voller Brust und kam sich freier vor als in seinem stattlichen Haus am Kleberplatze in Straßburg oder in seiner Wohnung am Jakobsplatz in Metz. Seit der Annexion hatte er in der Stadt immer das Gefühl eines Gefangenen, alles darin prägte sich ihm noch vom Kriege. Wohl waren die eingeäscherten Mauern wieder hergestellt, die Häuser ausgebessert, die Denkmäler neu errichtet worden; aber aus Stockmanns peinlich genauer Erinnerung waren die Bilder von gähnenden Löchern, eingestürzten Dächern und rauchenden Häusern nicht wegzuwischen.

Margarete, ein hübsches Kind von fünf Jahren, trippelte neben ihrer großen Schwester Luise und dem Kindermädchen wie ein kleiner Pudel hinter ihrem Vater her. Man rief sie mit dem elsässischen Kosenamen Gretele. Sie hatte ein paar Gräser und rote Mohnblumen gepflückt und näherte sich jetzt einem der Luxemburger Arbeiter, um ihn um einen Faden für ihren Strauß zu bitten.

„Gretele," rief Stockmann befehlend. „Willst Du sofort hierher kommen, sofort?"

Das kleine Mädchen gehorchte nicht. Da ging ihr Vater ihr nach und flüsterte ihr ins Ohr:

„Ich sage Dir, das ist ein Preuße!"

Bestürzt flickte das Kind auf den Erntearbeiter, der in seiner Tasche nach dem Verlangten suchte, ging so schnell, wie es nur laufen konnte auf dem engen Pfad zurück und hing sich, wie Schutz suchend, an die Röcke seiner Mama.

In Gretelens Einbildung bedeutete Preuße jedenfalls so viel wie „der schwarze Mann", wie ein Ungeheuer.

Der Abend senkte sich auf die Felder. Die letzten sengendroten Sonnenstrahlen leuchteten vom Horizont. Auf die Höhen warfen sie Widerscheine wie von Feuersbrünsten. Die Landleute traten in Gruppen den Heimweg an. Die Luxemburger waren schon zusammen fortgegangen, um jedem Streite auszuweichen.

Hans Schilling, ein alter, schon von den Jahren gebeugter Bauer, näherte sich Stockmann.

„Guten Abend, Herr Stockmann," sagte er. „Erinnern Sie sich noch an Ihr Versprechen? Vor einem Monat sagten Sie mir . . ."

„Ja, ja, ich habe es nicht vergessen. Ich sagte Dir, daß ich am ersten Abend nach meiner Ankunft mit den Kindern in Deinem Hause essen würde."

„Ja, so ist es."

„Meine Frau hat nicht kommen können," fuhr Stockmann. „Sie hat in Niederbronn mit Lolo bleiben müssen, der ein wenig krank ist. So werden wir nur vier sein, um Deine Gastfreundschaft anzunehmen, Luise, Gretele, das Mädchen und ich."

„Danke, Herr Stockmann. Sie sind sehr gütig, die Einladung von uns kleinen Leuten anzunehmen."

„Es ist eine Freude, wenn die kleinen Leute brave Leute sind. Und wie geht es denn bei Euch?"

„Ach, seit dem Kriege ist die Frau nicht mehr die gleiche. Tote, Verwundete, Kugelregen, das sind alles keine Sachen für Frauenaugen. Seit dem schrecklichen Tag, wo so furchtbares Granatfeuer die hiesige Gegend verheert hat, ist meine Alte von einem Zittern befallen worden, das sie nicht mehr verläßt. Nachts hat sie böse Träume; sie sieht unsern Sohn Peter mit zerschmetterter Stirn am Rand eines Grabens liegen. Dieser Traum macht sie krank."

„Potztausend," entgegnete Stockmann, „ich habe ihn heute früh getroffen, den Peter. Was für ein strammer Bursche! Er sieht nicht aus wie ein Toter, noch wie jemand, der bald sterben möchte."

Der alte Hans antwortete nicht; aber er machte eine Bewegung mit den Armen, als wollte er sagen: Das hat alles keinen Wert.

(Fortsetzung folgt.)

Jeder Kommentar ist natürlich überflüssig. Es ist weit gekommen, wenn Arbeitern in dieser Weise entgegengetreten werden kann!

Auch im Louis Schröderschen Steinbruch trug sich kürzlich ein ähnlicher Fall zu. Ein kleiner Schuß sollte während der Arbeitszeit abgefeuert werden. Ein Bruchmeister wies seine Leute an, unter einem hervorstehenden Felsen Deckung zu suchen. Ein Arbeiter weigerte sich aber dies zu thun und stellte sich lieber ins Freie, mit der sehr richtigen Motivierung, daß er im Freien etwa herumfliegende Steine bemerken und eventuell auch dann ausweichen könne. Bestärkt wurde dieser Arbeiter in seinem Entschluß dadurch, daß er früher in einem anderen Bruche anläßlich eines Sprengprozesses auch Schutz unter einem hervorstehenden Felsen gesucht und dabei einen heranfliegenden Stein nicht bemerkt habe und dieser ihn am Fuß verletzt hatte. Auch diesmal flogen Steine herum, so daß der Arbeiter hier nur mit genauer Not einem größeren Steine ausweichen konnte, während ihn ein kleiner noch am Fuß traf.

Mögen die Steinbrucharbeiter mit aller Energie danach ringen, daß ihr Leben von den Bruchbesitzern so eingeschätzt wird, wie es das im Gegensatz zum nutzlosen Faullenzerleben mancher Müßiggänger verdient. —

h. **Halberstadt,** 13. Januar. (Gewerkschafts-Kartell.) Am Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8½ Uhr, findet in der „Münchener Bierhalle" die erste Sitzung des Gewerkschafts-Kartells im neuen Geschäftsjahre statt. Wegen Neukonstituierung des Kartells haben sämtliche neugewählten Delegierten zu erscheinen und ihre Mandate mitzubringen. Auch müssen die Delegierten des vergangenen Geschäftsjahres zur Stelle sein, um die Jahresabrechnung entgegen zu nehmen. —

— (Unbrauchbare Schulbänke.) In einem Eingesandt in dem „General-Anzeiger" wird behauptet, daß die Bänke in der katholischen Volksschule, welche in städtische Verwaltung übernommen ist, schon lange in keiner Weise den Anforderungen, die die Schulhygieine stellt, genügen. Jetzt ist beschlossen worden, die von anderen Schulen ausrangierten, also unbrauchbaren, Bänke dieser Schule zu überweisen. — Wenn diese Behauptung — deren Richtigkeit wir prüfen werden — auf Wahrheit beruht, so verdiente diese Maßnahme der Schulverwaltung schärfste Kritik. Sind schon die Schuleinrichtungen für die Volksschulen in unserer Stadt nirgends so wie es vom Standpunkte einer vernünftigen Erziehung und Gesundheitspflege aus verlangt werden muß, so wäre es nicht zu verstehen, wenn man einen Teil der Schulkinder — nur vielleicht weil selbige katholisch und die Stadtverordneten meist kulturkämpferisch-nationalliberal sind — noch weniger bedächte. —

— (Ein gutmütiger Milchhändler.) Heute mittag hatte in der Kulkstraße ein achtjähriger Knabe die Thür eines offenen Milchwagens aus kindlichem Vergnügen weit geöffnet. Obwohl hierdurch weder eine Kanne herausgefallen noch sonst etwas passiert war, wurde der Begl[illegible] des Wagens, Milchhändler Rosemann, dadurch [illegible] gebracht, daß er hinter dem Knaben herlief und diesen [illegible]fach mit dem Peitschenstock über Gesäß und Lenden [illegible] Diese Heldenthat wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

dt. **Quedlinburg,** 12. Januar. (Eine Entscheidung von weitgehender Bedeutung) fällte das hiesige Gewerbegericht in seiner Sitzung vom 6. Januar. Das Gewerkschaftskartell hat vor kurzem eine Auskunftstelle errichtet, in welcher in allen aus dem Arbeitsverhältnis, dem Unfallversicherungs- und dem Alters- und Invalidengesetz entstehenden Streitigkeiten unentgeltlich Auskunft erteilt wird.

Der Vorsitzende des Kartells, Genosse Schmidt, hatte die Auskunfterteilung übernommen und dieses in einer Lokalnotiz der „Volks-Zeitung" bekannt gegeben. Zweck der Auskunfterteilung ist, wie auch aus der Volkszeitungsnotiz hervorging, zu verhindern, daß, wie es schon häufig geschehen, aussichtslose Klagen bei dem Gewerbegericht anhängig gemacht werden. In einer Streitsache vor dem Gewerbegerichte hatte Genosse Schmidt die Vertretung des Klägers übernommen. Der Vorsitzende beanstandete die Vertretung, da nach seiner Ansicht Schmidt zu denjenigen Personen zu rechnen sei, auf welche der § 29 des Gewerbegerichts-Gesetzes Anwendung finde. § 29 des Gewerbegerichts-Gesetzes lautet:

„Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gerichtgeschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegerichte nicht zugelassen."

Das Gericht entschied: Es sei öffentlich bekannt gegeben, daß der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Tischler Johannes Schmidt, in Streitfragen, welche dem Gewerbegericht unterstehen, Rat und Auskunft erteile. Diese Thatsache und seine Thätigkeit als Prozeßbevollmächtigter oder Beistand lasse ihn als eine unter § 29 des Gewerbegerichts-Gesetzes bezeichnete Person erscheinen.

In dem zur Verhandlung stehenden Termine, in welchem er zum ersten Male als Prozeßbevollmächtigter vor dem hiesigen Gewerbegericht fungiere, sei er zuzulassen; für die Folge aber müsse das Gericht indes seine Zulassung als Prozeßbevollmächtigter ablehnen. Die Thatsache, daß S. für seine Thätigkeit kein Honorar beziehe, sei für die Entscheidung unerheblich. —

fr. **Schönebeck,** 13. Januar. (Gewerkschaftskartell.) In der Sitzung am 5. Januar waren 17 Delegierte und sechs Gäste anwesend. Unentschuldigt fehlten ein Vertreter von den Metallarbeitern, einer von den Schiffszimmerern, zwei von den Malern, einer von den Böttchern. Entschuldigt fehlten einer von den Fabrikarbeitern, einer von den Schiffszimmerern, einer von den Holzarbeitern, einer von den Böttchern und einer von den Schuhmachern und Schneidern.

Dem Kassierer Kollegen Nabel wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt.

Zur Vornahme der Vorarbeiten zur Arbeitslosenzählung, welche am 19. Januar stattfinden soll, wurde wieder eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche aus den Kollegen Fritze, Hofmann, Buß, Hemprecht und Schönian besteht.

Von seiten der Generalkommission ist ein Gesuch an sämtliche Gewerkschaftskartelle ergangen, das Geschäftsjahr alljährlich mit dem 1. Januar beginnen zu lassen, weil durch eine derartige Konstitution von der Generalkommission die Berichte besser geführt werden können. Die Delegierten stimmen diesem Wunsche zu. Es wird beschlossen, das Geschäftsjahr, welches bis jetzt am 1. Oktober anfing, dementsprechend zu verlegen.

Ein Antrag des Koll. Hartmann, den neu angefertigten Schrank nebst Bibliothek gegen Feuersgefahr zu versichern, und ein Vorschlag des Vorsitzenden, Ferdinand Lassalles Reden und Schriften anzuschaffen, werden einstimmig angenommen.

Weil der Bericht von der vorigen Arbeitslosenzählung noch nicht zum Magistrat geschickt worden ist, wird dem Vorsitzenden und der Kommission eine Rüge erteilt. Ein Antrag von Hartmann, den Bericht jetzt noch sofort einzureichen, wird gegen drei Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag des Koll. Buß wird gegen zwei Stimmen beschlossen, am 1. Februar eine kombinierte Gewerkschafts-Versammlung zur Genehmigung des Kartellstatuts abzuhalten. —

-ow- **Staßfurt,** 12. Januar. (Dem Rechnungsausweis der preußischen Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung) für das Etatsjahr 1900-1901 entnehmen wir die folgenden für unseren Ort wichtigen Angaben: Der Ueberschuß des königl. Salzbergwerks war in diesem Jahre ganz bedeutend (um 1 277 981 Mark) geringer als im Vorjahre; er ist von 3 103 237 Mark auf 1 825 256 Mark gesunken. Der Grund davon ist in dem im Jahre 1900 erfolgten Ersaufen des anhaltischen Salzbergwerks in Leopoldshall zu suchen. Die Wasser sind nach dem preußischen Achenbach-Werk durchgebrochen und haben dieses beinahe vollständig zum Stillstande gebracht. Der definitive Stillstand wird ni[illegible]t lange auf sich warten lassen. Dieser Wasserdurchbruch ha[illegible] außer dem direkt angerichteten Schaden noch sehr erhebliche Aenderungen und Neuanlagen notwendig gemacht, beispielsweise die elektrische Untergrundbahn vom Berlepsch-Werk nach dem Achenbach-Werk, die jetzt in der Hauptsache vollendet ist. Die Förderung der fiskalischen Werke in Staßfurt hat im Berichtsjahre betragen 61 317 Tonnen Steinsalz, 379 056 Tonnen Kalisalze (Gesamtwert 5 727 495 Mark). Abgesetzt wurden 63 577 Tonnen Steinsalz (gegen 71 822 Tonnen im Vorjahre), 379 859 Tonnen Kalisalze (gegen 346 250 Tonnen), darunter 138 036 Tonnen Kainit und Sylvinit. Interessant ist ein Vergleich mit den erst in der Sonntagsnummer in dem Artikel „die Kali-Industrie" veröffentlichten Förderungsziffern. Danach ist gegen das Jahr 1896/97 die Steinsalzförderung von 82 686 Tonnen auf 63 577 Tonnen zu[illegible]ckgegangen, die gewinnbringende Kalisalzförderung j[illegible] [illegible]stiegen von 269 744 Tonnen auf 379 859 Tonnen. [illegible]ure Produktionssteigerung in Verbindung m[illegible] das Kali-Syndikat erzielten hohen Preisen [illegible] gemacht, daß trotz der so außerordentlich kostj[illegible] [illegible]lagen immer noch der Riesenprofit von 1 825 256 Ma[illegible] im Berichtsjahr erzielt ist. — Die zu den Werken des Fiskus gehörenden chemischen Fabriken haben in demselben Jahre 166 881 Tonnen Carnallit verarbeitet. —

— (In der Volksversammlung) am Montag, in welcher unser Parteigenosse Reichstagsabgeordneter Zubeil in 2¾stündiger Rede über „Zolltarif, Brotwucher, Reichstag und Arbeitslosigkeit" sprach, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 12. Januar 1902 in Wießeners Lokal in Staßfurt tagende öffentliche Versammlung beschließt: In Erwägung, daß die Staßfurter Industrie auf den Export nach dem Ausland angewiesen und daher vor Zollerschwerungen seitens des Auslands zu bewahren ist —

in fernerer Erwägung, daß der gegenwärtig dem Reichstag im Entwurf vorliegende Zolltarif geeignet ist, durch seine hohen Zollsätze Repressalien des Auslandes hervorzurufen und den Abschluß von Handelsverträgen zu vereiteln —

in fernerer Erwägung, daß die in demselben Zolltarif geplanten Erhöhungen der landwirtschaftlichen Zölle ohne allen Zweifel die notwendigsten Lebensbedürfnisse übermäßig verteuern werden —

in fernerer Erwägung, daß durch diese beiden Thatsachen die Staßfurter Industrie schwer und die in ihr beschäftigte Arbeiterschaft doppelt schwer geschädigt werden wird —

die städtischen Behörden zu ersuchen, durch Petition an den Bundesrat und den Reichstag gegen den vorliegenden Zolltarifentwurf mit seinen jetzigen oder noch höheren Zollsätzen zu wirken und dem Magistrat wie der Stadtverordnetenversammlung diese Resolution sowie das Resultat der heute in Staßfurt und Leopoldshall durch das Gewerkschaftskartell vorgenommenen Arbeitslosenzählung zu übersenden, da die städtischen Behörden von Staßfurt bisher nichts unternommen haben, eine derartig wichtige sozialpolitische Erscheinung, wie die Arbeitslosigkeit es ist, zahlenmäßig festzustellen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Angelegenheit Kirchner in Aschersleben ist am Sonnabend der Klempnergehilfe Th. verhaftet worden, obgleich im allgemeinen in Aschersleben nicht angenommen wird, daß man den Schuldigen in dem Verhafteten zu sehen hat. — In Schönebeck wurde am Sonnabend auf dem Wege vom Klostergute Zackmünde von dem Milchwagen des Gutes ein ganzer Korb mit Butter gestohlen. — In der Nacht zum Donnerstag brannte in Schönebeck das zur Graßhoffschen Ziegelei gehörige Wohnhaus ab. — Die für Quedlinburg bestimmten Pakete werden seit Sonnabend schon während der Bahnfahrt in mit ganz niedrigen Rädern versehene Drahtwagen verpackt, die aus dem Postwagen auf zweirädrige Karren geschoben werden, über deren Achsen Schienen mit gekrempten Rändern laufen. Durch diese Einrichtung wird das Werfen der Pakete in die Postwagen vermieden und so eine schnellere Abfertigung der Bahnpost ermöglicht. — Der Standesbeamte Landwirt Liesel aus Klettenberg wurde am 11. d. Mts. zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er zwei Personen ehelich verbunden, von denen der Bräutigam noch nicht 21 Jahre alt war. — In Gerwisch soll ein Bahnbeamter Brandes vor einigen Tagen beim Ausgraben auf seinem Grundstück durch seinen Sohn einen irdenen Topf gefunden haben, welcher voll Goldmünzen im Werte von 15 000 Mark sei. — Der Bezirksausschuß für den Regierungsbezirk Magdeburg hat den Schluß der Jagd auf Hasen, Auer-, Birk- und Fasanenhennen sowie Haselwild auf den 18. Januar d. Js. festgesetzt. — Eine Schlägerei fand in Quedlinburg am Sonnabend abend gegen ½10 Uhr in der Kaplanei statt. Als mehrere Passanten einschritten, nahmen die Raufbolde Reißaus. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 13. Januar 1902.

Ein Beleidigter. Am 9. März 1901 fand zu Plötzky ein Krawall zwischen streikenden Steinbruchsarbeitern und Arbeitswilligen statt. Nach Schulschluß eilten auch die Schulkinder zu dem Versammlungsort der Streikenden. Als der Lehrer Schiller die Kleinen vertreiben wollte, trat ihm auf der Dorfstraße der Fleischermeister Friedrich Röpenack aus Gommern entgegen und äußerte: „Wer sind Sie denn eigentlich, sind Sie denn auch Polizist? Die Schule ist jetzt vorbei, die Kinder haben jetzt ihre Freiheit. Sie haben den Kindern gar nichts mehr zu sagen. Gehen Sie lieber in die Schule und lernen Sie den Kindern etwas." Hinterher wurde Röpenack wegen öffentlicher Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Reichsgericht hob dies Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Die Kammer erkannte heute wieder auf 20 Mark Geldstrafe und sprach dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zu. —

Entführung. Der vorbestrafte Arbeiter Reinhold Pape aus Atzendorf, geboren 1876, fing, trotzdem er verheiratet war, mit der 15 Jahre alten Tochter eines dortigen Restaurateurs ein Liebesverhältnis an und überredete sie unter dem Versprechen, er werde sich scheiden lassen und sie heiraten, am 29. September 1901 mit ihm nach Antwerpen zu reisen. Dort wohnte er mit ihr zusammen, bis eines Tages der Vater der Entführten kam und seine Tochter wiederholte. Pape wurde wegen Entführung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Diebstahl. Der Maschinist Adolf Schenkel zu Staßfurt, geboren 1874, stahl am 19. November 1901 der Tochter seiner Quartierwirtin aus einem Holzkasten 150 bis 160 Mark, wovon er etwa 30 Mark für sich verausgabte. Den geständigen Angeklagten trafen in Anbetracht der Vorstrafe 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. —

Kuppelei. Der Former Theodor Liedke hier, geb. 1877, wurde wegen Kuppelei zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Arbeiter Julius Rintz zu Löderburg, geb. 1877, wegen Sittlichkeitsverbrechens mit 9 Monaten Gefängnis bestraft. —

Ein angenehmer Mitarbeiter. Der Arbeiter Hermann Mesenberg in Burg, geboren 1885, geriet am 16. November 1901 auf der Pumpstation mit einem Mitarbeiter in Streit und schlug ihn mit einer eisernen Brechstange derart über den Kopf, daß er blutüberströmt und besinnungslos zusammenbrach. Der Angeklagte erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 6 Monate Gefängnis.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 11. Januar 1902.

Diebstahl. Die vielfach vorbestrafte Arbeiterin Marie Pfeiffer aus Aschersleben ist angeklagt, im Juli v. J. in Aschersleben einer Familie eine größere Menge Kinderzeug entwendet zu haben. Weil die Beweise nicht ausreichen, um die Angeklagte schuldig zu erklären, wird dieselbe freigesprochen. —

Unterschlagung. Der Arbeiter Max Ahlsleben aus Halberstadt, vielfach vorbestraft, ist vom Schöffengericht in Halberstadt am 18. November 1901 wegen Unterschlagung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Die gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegte Berufung wird vom Landgericht verworfen. —

Diebstahl. Der mehrfach vorbestrafte Arbeiter August Zeeschelski aus Quedlinburg ist angeklagt, am 16. September v. J. von einem Wagen in Quedlinburg eine Peitsche und eine Schnapsflasche mit Branntwein, welchen er ausgetrunken haben soll, weggenommen zu haben. Anzeige ist von der Schwiegermutter des Angeklagten erstattet. Der Angeklagte erscheint in einem derartig betrunkenen Zustande vor Gericht, daß die Sache vertagt werden muß. Der Angeklagte wird wegen Ungebühr vor Gericht zu drei Tagen Haft verurteilt und sofort in das Gefängnis zur Verbüßung abgeführt. —

Bedrohung, Raub und Diebstahl. Angeklagt sind der Steinhauerlehrling Bruno Bähr, der Schulknabe Franz Bähr und der Steinhauerlehrling Aug. Vogelei, alle im Alter von 15 bis 16 Jahren, sämtlich aus Braunlage. Aus verschiedenen Forstorten wie Elend, Braunlage usw. kommen im Sommer eine Anzahl Frauen in den Wald, um Heidelbeeren zu sammeln und zu verkaufen. Am 30. und 31. Juli sowie am 1. August v. J. sollen nun die Angeklagten den Frauen die gesammelten Heidelbeeren gestohlen oder durch Bedrohung abgenommen haben. Vogelei wird freigesprochen, dagegen wird Bruno Bähr des Raubes unter Zubilligung mildernder Umstände zu 4 Monaten und Franz Bähr zu einem Monat Gefängnis und einem Tag Haft verurteilt. —

Unterschlagung. Der Buchhalter Richard Giebelhausen aus Aschersleben ist bereits am 20. Februar 1901 wegen im Geschäft des Landwirts und Eisenbahnspediteurs Papmeier in Quedlinburg begangener Urkundenfälschung vom Landgericht in Halberstadt zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Anklage der Unterschlagung in demselben Geschäft, dessen Inhaber jetzt auch im Gefängnis sitzt, wird er heute freigesprochen. —

Neues zum Fall Ziethen. Bekanntlich ist im Sommer des vergangenen Jahres der Barbier Albert Ziethen nach siebzehnjähriger Haft im Zuchthause zu Werden a. d. Ruhr gestorben. Viele glauben, damit gehöre der „Fall Ziethen" der Vergangenheit an. Diese Meinung ist jedoch ein Irrtum. Eine bedeutsame Publikation des Berliner Rechtsanwalts Victor Fraenkl, welche dieser Tage im Verlage von Chr. Limbarth (Moritz Schäfer) in Wiesbaden erscheinen wird, behandelt unter dem Titel „Der jetzige Stand des Rechtsfalles Ziethen" ausführlich die Lage der Dinge nach dem Tode des Ver-

einen genauen Einblick in die Sache Ziethen zu gewinnen und sich so ein klares Urteil über diese, von den weitesten Kreisen für einen Justizirrtum gehaltene Affaire zu bilden. Die Schrift wird eine dem Inhalt der Gerichtsakten entsprechende Darstellung des Falles in kritischer Würdigung geben und mit Allgemeinverständlichkeit über die verschiedenen interessanten Stadien, welche die Angelegenheit bis zur Gegenwart durchlaufen hat, eingehend zu unterrichten suchen. Der Verfasser wird darin auch Auszüge aus Briefen des verstorbenen Ziethen zum Abdruck bringen. —

Vermischte Nachrichten.

* **Eine Milliarde Minuten.** Die Minute erscheint unserem Gefühl als ein unbedeutend kleiner Zeitabschnitt, und sollten wir größere Zeiträume in Minuten abschätzen, würden die meisten sicher rasch genug die größten Zahlwörter zu Hilfe nehmen. Es ist daher interessant, auf die verhältnismäßig wenig bekannte Thatsache hinzuweisen, daß seit Christi Geburt, also seit dem Anfangstermin unserer Zeitrechnung, erst jetzt eine Milliarde Minuten verstrichen ist. Denn da ein gewöhnliches Jahr 525 600 Minuten umfaßt, so bedeutet dies für neunzehn Jahrhunderte erst 998 640 000 Minuten. Nach dieser Berechnung vollendet sich also im kommenden Jahre erst die erste Milliarde, und zwar am 3. August 10 Uhr 40 Minuten vormittags. Um den Termin wirklich genau festzustellen, wird man freilich die Schaltjahre berücksichtigen müssen, die für jedes Jahrhundert bis zum Jahre 1600 je 25 Tage und seitdem je 24 Tage ausmachen; ferner muß man die im Oktober 1582 bei der Kalenderrevision ausgefallenen 10 Tage abziehen. Hiernach ist der Termin 462 Tage früher anzusetzen, also auf den letztverflossenen 22. April 10 Uhr 40 Minuten vormittags, und wir sind demnach bereits in dem zu Ende gehenden Jahre in die zweite Milliarde eingetreten. Zum Vergleiche sei darauf hingewiesen, daß selbst eine Milliarde Sekunden kein so ganz winziges Zeitmaß ist. Gehören doch immerhin schon fast 32 Jahre dazu, und nur noch eine geringe Auswahl der Sterblichen durchlebt diesen Zeitraum zweimal. Und endlich die Stundenmilliarde, die mehr als hunderttausend Jahre umfaßt, gehört schon zu den Maßen, die für uns reine Zahlen sind, ohne greifbare Vorstellung; nur eins zeigt sie uns: wie langsam die Zeit verrinnt! — („Voss. Ztg.")

* **Der Schulinspektor in der Lüneburger Heide.** In einem Dorfe in der Lüneburger Heide erschien vor einigen Tagen der Schulinspektor. Der Herr Lehrer gab gerade Unterricht im Rechnen. Der Schulinspektor hörte eine Zeit lang den Fragen und Antworten zu, nahm sodann ein Stück Kreide, stellte sich an die Tafel und fragte einen kleinen flachshaarigen Burschen, ob er ihm wohl eine zweistellige Zahl nennen könne. Der Junge nannte die Zahl 86, und der Schulinspektor schrieb, die Zahl umstellend, 68 an die Tafel. „So, nun nenne mir noch einmal eine zweistellige Zahl." Prompt antwortete der Junge 37, und der Schulinspektor schrieb 73. „Weißt Du noch eine solche Zahl?" „Jawohl," antwortete grinsend der kleine Bauernbengel, „44" und, indem der Schulinspektor sich der Tafel zuneigte, rief Fritze — so hieß der flachshaarige Bursche: „So, Du olle Döskopp, nu schriew dat ok noch falsch!" —

* **Neue türkische Briefmarken** Am 1./14. März 1903 werden abermals neue türkische Postwertzeichen zur Ausgabe gelangen; durch ein Irade des Sultans wurde die mit der Durchführung dieser Maßnahme beauftragte Kommission bereits ernannt und derselben ein Kredit von 25 000 Piastern zur Deckung der Kosten zur Verfügung gestellt. Die Herstellung der Clichees für die neuen Marken soll sofort in Angriff genommen werden. Wie bisher, werden auch die neuen Marken in acht verschiedene Kategorien zerfallen; dazu kommen 10-Piaster-Marken und 100-Para-Marken für den Postanweisungs- und den Postpaket-Dienst. Die Farben der neuen Marken sind wie folgt bestimmt: 5 Paras orange, 10 Paras nußbraun, 20 Paras rosa, 1 Piaster blau, 2 Piaster dunkelgrün, 100 Paras kastanienbraun, 5 Piaster hellblau, 10 Piaster quittengelb, 25 Piaster olivenhell, 50 Piaster kaffeefarben. Seit dem Bestehen der türkischen Briefmarken wurde ihr Bild bisher 14mal verändert. —

Litterarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 15. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein methodologisches Problem. — Die Mezeleien von Blagowesischensk. Ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Hunnenwirtschaft in Ostasien. Von einem Augenzeugen. — Kaufmännische Schiedsgerichte. Von Heinrich Swienty. 1. — Jahresberichte der preußischen Gewerberäte. Von Helene Simon. — Litterarische Rundschau: Brockhaus' Konversationslexikon. Notizen und Zahlen. Statistisches Nachschlagebüchlein. — Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme" und deren Kolporteure. —

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 2 des 12. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Sozialpolitischer Mumpitz. — Frauen als Metallarbeiter. Von Luise Zietz. — Vom Schutz erwachsener Arbeiterinnen im Ausland. England, Frankreich. Von a. br. — Die Bewegung unter den Wiener Blumenverkäuferinnen. Von Franz Lill-Wien. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Betrachtungen. Von Multatuli. Deutsch von Wilhelm Thal. Notizenteil. — Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme" und deren Kolporteure. —

Der „Wahre Jacob" hat soeben die 2. Nummer seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Das farbige Titelbild „Was wiegt mehr?" beschäftigt sich mit dem Kräfteverhältnis der Parteien, welche um den Zolltarif kämpfen; das farbige Rückbild „Die Herren der Welt" illustriert scherzhaft die Betrachtung einiger Unteroffiziere über das Wesen der Grundrente. In einer Anzahl kleinerer Bilder wird in satirischer Weise auf politische und soziale Vorgänge der letzten Zeit Bezug genommen. Das politische Leitgedicht „Nicht spritzeln!" verspottet die notwendigerweise erfolglosen Bemühungen der Staatsretter, durch bezahlte Aushorcher sozialdemokratische Parteigeheimnisse zu erfahren. Wir erwähnen sodann noch die politischen Gedichte „Zuversicht", „Die Staatsstütze", „Unsere Schwarzen" und „Die Wähler erster Klasse", letztere mit einer drastischen Illustration versehen, sowie die satirische Erzählung „Das verhütete Attentat". Der Preis der Nummer, die wir unseren Lesern nur empfehlen können, ist 10 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme" und deren Kolporteure. —

Vereine und Versammlungen.

Buchdrucker.

Wie schon gestern kurz berichtet, erfreute sich die für Sonntag, den 12. d. M., vormittags 11 Uhr, nach Richardts großem Saal einberufene allgemeine Buchdrucker-Versammlung eines guten Besuches. Die Tagesordnung umfaßte folgende sechs Punkte: 1. Jahresbericht der Tarif-Kommission für das Jahr 1902; 2. Die Einführung des neuen Tarifes in Magdeburg; 3. Die Erhebung des Tarifbeitrages für das Jahr 1902; 4. Der Magdeburger partitätische Arbeitsnachweis; 5. Aufstellung von Kandidaten für das Schiedsgericht; 6. Neuwahl der Tarif-Kommission.

Einleitend führte Kollege Krahl etwa folgendes aus: Nachdem man nunmehr ein ungefähres Ergebnis über die Ein- und Durchführung des Tarifes in Magdeburg habe, sei der Zeitpunkt gekommen, um aus der Reserve, in der man sich, Rücksicht übend, verhalten habe, herauszutreten an die Oeffentlichkeit; an dieselbe müsse nun appelliert werden bei Ueberwindung der voraussichtlichen Schwierigkeiten, die sich der Einführung des Zieles: in Magdeburg alle Druckfirmen zur Anerkennung des Tarifes zu veranlassen, hindernd in den Weg legten.

Ueber die zwei ersten Punkte der Tagesordnung wird gemeinsam beraten. Kollege Reimert als Vorsitzender der Tarif-Kommission erstattet den Bericht im Auftrage derselben. Es sei ein arbeitsreiches und mühevolles Jahr zurückgelegt, aber die Erfolge, die zu verzeichnen seien, hätten die Mühe verlohnt. — Am Beginn des neuen Jahres war die tarifliche Lage in Magdeburg so, daß 22 Firmen mit rund 300 Gehilfen in geordneten tariflichen Verhältnissen standen — 7 Firmen seien noch am Sonnabend hinzugekommen, mithin seien es 29 Firmen mit über 340 Gehilfen, denen nachweislich die Segnungen des Tarifes zu gute kommen. Die bewilligenden Firmen sind folgende: E. Baensch junior, F. Bethge, Gebr. Bethke, Bormann, Bornstedt, Brückner, Carl Friese, Friese u. Fuhrmann, General-Anzeiger, Haenel, Höde, Müller (Wille Nachf.), Noack, Pansa, Pormetter, Sperling, Wapler, Wohlfeld, Schley, Lagemann, Ochs u. Co., Hesse u. Co., Koch u. Co., Denbach, Mosche, Hintze, Sorgler, Th. Müller und Leistner u. Drewes. — Die Firmen **Lackert und Richter** weigern sich vorläufig, den Tarif anzuerkennen. Von ersterer Firma steht eine bestimmte Erklärung aber noch aus, während Herr Richter erklärt, seine Gehilfen sogar über das tarifliche Minimum zu entlohnen, aber zu einer schriftlichen Anerkennung des Tarifes wolle er sich nicht verstehen. Bei der Firma **Faber** ist ein greifbares Resultat noch nicht zu verzeichnen, da die gegenseitigen Verhandlungen noch gepflogen werden. (Inzwischen ist der betreffenden Gehilfen-Kommission durch die Geschäftsleitung die Mitteilung geworden, daß der schriftlichen Anerkennung des Tarifes nichts mehr im Wege steht. Der Eins.) Die Firma **Zacharias**, die der Kommission im abgelaufenen Geschäftsjahre die meiste Arbeit verursacht habe, sei auch vorläufig nicht der Bewilligung bezw. Anerkennung des Tarifes zugänglich. Selbst nachdem sogar die weitgehendsten Schritte unternommen worden seien, wäre ein Erfolg nicht zu verzeichnen gewesen. Die Briefe, die von dem Personal der Firma sowohl wie von der Tarif-Kommission an den Herrn Oberbürgermeister gerichtet worden sind, und in welchem derselbe um ein Eingreifen in die Angelegenheit ersucht wird (da die Firma Zacharias die städtischen Druckarbeiten kontraktlich noch bis Ablauf des März 1903 liefert) werden vom Referenten verlesen, ebenso die darauf eingegangenen Antworten, nach welchen der Herr Oberbürgermeister alles gethan hat, was zu thun möglich war. — Nach einigen allgemein abschließenden Worten bemerkt Redner, daß am Sonnabend von der Tarif-Kommission das Resultat von 18 Druckereien entgegengenommen worden sei. Es zahlen danach — ein Vorbild für andere — auch den höher bezahlten Gehilfen **mehr** die Firmen Baensch 1 Mk., Haenel 1 Mk., General-Anzeiger 2 Mark, Wohlfeld 1 bis 6 Mark. Ueberhaupt könne von einer durchgängigen Mehrbezahlung in den größeren Geschäften berichtet werden. Das sei in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen ein Erfolg, der mit Befriedigung konstatiert werden müsse. Die anwesenden Kollegen mögen es sich angelegen sein lassen, das Bekommene zu erhalten, das noch zu Erwartende mit Energie und Ausdauer im Auge zu behalten.

Einwendungen gegen diesen Bericht werden nicht gemacht, und somit wird zum zweiten Punkte übergegangen. Kollege Krahl verliest die Druckereien, die mit einer bindenden Erklärung noch ausstehen und fordert die anwesenden Vertrauensmänner auf, ihre Berichte zu geben evtl. nach [illegible] Versammlung zu einer gemeinsamen Besprech[illegible]. Es sind dies außer den oben erwähnten [illegible] Druckereien Kientzler (Sachsenschau), Faber, [illegible]berg, Wagner u. Rutloff, Luci und Zacharias. [illegible] die Berichte gegeben; einige Vertrauensmänner [illegible] der Firma Faber giebt der Kollege Nagel den Bericht, nach welchem nach soeben stattgehabter Versammlung der Faberschen Kollegen der Chef zur Abgabe der bindenden Erklärung nicht anwesend gewesen sei, die Angelegenheit selbst aber am Montag mittag ihre endgültige Erledigung finde. Seiner Ansicht nach falle die Antwort so aus, daß der Tarif von seiten der Geschäftsleitung anerkannt werde. — Die nachfolgende Resolution kommt zur Verlesung und wird darauf zur Diskussion gestellt. Nachdem dieselbe in ihren einzelnen Teilen vom Kollegen Krahl kommentiert ist, findet sie einstimmige Annahme. Sie lautet:

Mit Befriedigung nimmt die am 12. Januar 1902 in „Richardts Festsälen" zahlreiche versammelte Magdeburger Gehilfenschaft das bisherige Resultat der Tariseinführung in Magdeburg entgegen, und erkennt das Entgegenkommen der ausschlaggebenden Mehrheit der Prinzipale Magdeburgs dankend an, die hervorragenden Verdienste der Mehrheit des Innungs-Vorstandes und namentlich die des Innungs-Vorsitzenden, Herrn Hofbuchdruckereibesitzer Oskar Friese, dabei besonders hoch einschätzend. Dagegen spricht die Versammlung der in den Tarifkreisen 1, 6 teilweise, 7 und namentlich in Leipzig sich bemerkbar machenden Opposition aus Prinzipalskreisen ihre entschiedene Mißbilligung aus, sympathisiert aber auf das lebhafteste mit den Abwehrmaßregeln der Leipziger Kollegen und sichert ihnen jegliche Unterstützung zu.

Bezüglich der weiteren Tarifdurchführung in Magdeburg fordert die Versammlung die auch in Nicht-Tarif-Druckereien konditionierenden Gehilfen auf, in der Woche vom 12. bis 18. Januar einen energischen Vorstoß zu unternehmen, dem bei Nichtbewilligung des Tarifes die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu folgen hat, **sofern die Tarif-Kommission dazu ihre Genehmigung gegeben hat.** In allen solchen Fällen sind die betreffenden Personale verpflichtet, unbedingt das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen.

Die Versammlung erwartet von der Tarif-Kommission in Bälde eine eingehende Aufklärung der Geschäftswelt über unsere Tariforganisation und eine besondere Empfehlung der Tarif-Firmen durch Massenversand von Cirkularen. Schließlich beauftragt die Versammlung die Tarif-Kommission, bei den Behörden in gleicher Weise vorstellig zu werden, damit fortan behördliche Druckarbeiten nicht mehr an Firmen vergeben werden, die ihrem Personal gegenüber **nicht** nach dem Tarifmotto: „Recht und billig" handeln.

Dem Herrn Oberbürgermeister Schneider zollen die Anwesenden für das thätige Eingreifen in die Angelegenheit Zacharias volle Anerkennung und ersuchen den Magistrat der Stadt Magdeburg, nicht nur bei den kontraktlichen Druckarbeiten Remedur zu schaffen, sondern auch besondere Arbeiten, wie Stadtanleihen usw., nur in tariftreuen Druckereien herstellen zu lassen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung wird schnell erledigt, indem einige Vorschläge betreffs Aufbringung der Kosten für die **Erhaltung und Verwaltung der Tarif-Kommission** die Zustimmung der Versammlung finden. Eventuell wird an die Gesamtkollegenschaft herangetreten, damit durch einen nur geringen zweimaligen Beitrag die Kosten aufgebracht werden. Bei dieser Gelegenheit nimmt Kollege Krahl Veranlassung, mitzuteilen, daß die Festschrift, zu deren Abgabe man sich nunmehr auch an die weniger Denkmalsbeiträge, als die vorgeschriebenen, zahlenden Kollegen entschlossen habe, durch den Kollegen John in Empfang genommen werden könne. Den Spendern der Festschrift gebühre auch von dieser Stelle aus der Dank der Gehilfenschaft.

Der vierte Punkt: **„Der paritätische Arbeitsnachweis"** kommt zur Erledigung, indem aus den erläuternden und unterrichtenden Angaben des Kollegen Krahl den Anwesenden ein Bild über die Errichtung und Funktionen dieses Instituts vor Augen geführt wird. Der Nachweis ist mit Montag, den 16. d. M. in Thätigkeit getreten. Zum Verwalter ist Kollege Eberman[illegible] seitens des Gehilfen- und des Prinzipals-Ausschusses ernannt wor[illegible]den. Es werden Wochenzettel ausgegeben, die eine ausreichend[illegible] Bekanntgabe des Standes der Verhältnisse ermöglichen. — De[illegible] Nachweis wird erst dann das werden, was er seiner Bedeutun[illegible] nach sein muß, wenn alle Kollegen ihre Pflicht in vollstem Maß[illegible] thun, indem sie die Bestimmungen und Vorschriften des Institut[illegible] genau befolgen.

Kollege **Gehrt** nimmt hierauf das Wort und führt de[illegible] anwesenden Nichtmitgliedern des Verbandes vor Augen, daß all[illegible] diese Einrichtungen, sowohl die jetzigen Erhöhungen auf tariflicher[illegible] Gebiete wie dieser Nachweis ihnen in hohem Maße zu gute kommen[illegible] und daß der Verband der Deutschen Buchdrucker der eigentlich[illegible] Kontrahent der Prinzipalität gewesen sei und finanziell am meiste[illegible] an der Sache engagiert sei. — Bezüglich der benachbarten Orte wir[illegible] mitgeteilt, daß daß die Druckerei von Schwab in Groß-Otters[illegible]leben den Tarif ebenfalls anerkannt habe. Der Vorsitzende des Ortsvereins **Burg** giebt Nachricht über die dortige Einführung des Tarifes. Dieselbe ist als durchaus befriedigend zu bezeichnen. — Nach Erledigung der beiden letzten Punkte, deren Wiedergabe hier belanglos ist, kennzeichnet noch Kollege Krahl in seinem Schlußwort das geradezu unwürdige Verhalten mehrerer unorganisierter Gehilfen der Druckerei Baensch. (Dieselben stecken zum Teil den Parteigenossen immer mit hochtönenden Worten heraus. D. Eins.) — Die Gehilfen der Buchdruckerei Kientzler („Sachsenschau") haben, nachdem alle Versuche, den Inhaber zur Tariseinführung zu bewegen, gescheitert sind, ihre Kündigung eingereicht. C. R.

Putzer.

Am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, tagte im „Bürgerhaus", Stephansbrücke, eine gut besuchte **Versammlung der Mitglieder des Putzervereins von Magdeburg und Umgegend.** Zunächst wünscht der Vorsitzende, Kollege Kellner, den anwesenden Mitgliedern ein fröhliches neues Jahr. Zum 1. Punkt der Tagesordnung — Kassenbericht — berichtet der Kassierer Kollege Stief über den Bestand der Kasse. Dieselbe war vorher von zwei Revisoren geprüft und für richtig befunden. Zum zweiten Punkt: Vorstandswahl, stellt der Vorsitzende den Antrag: Die Versammlung möge beschließen, den dritten Punkt — Vereinsangelegenheiten — als zweiten zu behandeln, da er nicht imstande sei, ein Amt zu vertreten, wenn Handlungsweisen, wie die des Kollegen Maaß, von der Versammlung gutgeheißen würden. Der Antrag wurde angenommen. Den Vorsitz übernimmt nun Kollege Hentrich. Kollege Kellner schildert nun die Vorkommnisse, die ihm und dem Kollegen Zimmermann beim Kollegen Maaß in letzter Zeit passiert sind, worüber die Versammlung ihre Entrüstung aussprach. Nach einer langen, sehr scharfen Debatte wurde der Antrag gestellt, den Koll. Maaß aus dem Verein auszuschließen. Der Antrag wurde mit 35 gegen 8 Stimmen angenommen. Zum Punkt Vorstandswahl wurde außer den beiden Revisoren der alte Vorstand wiedergewählt. Zum Schluß wurde eine Kommission von 5 Kollegen gewählt, welche die Vorarbeiten zum Stiftungsfest in die Hand zu nehmen hat. — A. Z.

Verband städtischer Arbeiter. Freitag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr kombinierte Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Vater, Knochenhauerufer 27—28. —

Mittwoch, 15. Januar:

Turnverein „Jahn", Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße 22.
Turnverein „Vorwärts" Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der städtischen Turnhalle am Königsweg.
Mundharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Uebungsstunde im „Schoppen", Rogätzerstr. 78.
Arbeiter-Radfahrerklub „Einigkeit" Alte Neustadt. Jeden Mittwoch abend Uebungsstunde in der „Krone," Moldenstraße.
Orchester-Verein Neustadt. Jeden Mittwoch Probe (Streich- und Blasmusik) im Restaurant F. Haberland, Morgenstr. 34.
Turnverein „Einigkeit", Buckau. Turnen der Damenabteilung jeden Mittwoch abend von 8½—10 Uhr im „Thalia", Buckau.
Diesdorf. Athletenklub „Falke". Jeden Mittwoch und Sonnabend von 8 Uhr an Uebungsstunde bei Hildebrandt.
Groß-Ottersleben. Männer-Gesangverein. Jeden Mittwoch abend Uebungsstunde bei Strumpf.
Benneckenbeck. Athleten-Club. Jeden Mittwoch und Sonnabend abend 8 Uhr Uebungsstunde bei Hoppe, Benneckenbeck.
Lemsdorf. Männer-Turnverein. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Uebungsstunde.
Barleben. Arbeiter-Turnverein „Jahn". Jeden Mittwoch und Freitag, abends 8 Uhr, Uebungsstunde bei C. Schrader.
Gommern. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Mittwoch Uebungsstunde bei Vollmann.
Burg. Gesangverein „Vorwärts". Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Jesse.
Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Turnstunde im „Dianabad".

Briefkasten.

Halberstadt. Am 9. Januar durch K. 1,50. Hurlemann.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	11. Jan.	+ 0.46	12. Jan.	+ 0.44	0.02	—
Laun	„	+ 1.39	„	+ 1.15	0.24	—
Budweis	„	+ 0.37	„	+ 0.34	0.03	—
Prag	„	+ 0.96	„	+ 0.80	0.16	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	12. Jan.	+ 2.00	13. Jan.	+ 1.75	0.25	—
Trotha	„	+ 3.32	„	+ 3.24	0.08	—
Alsleben	„	+ 3 32	„	+ 3.22	0.10	—
Bernburg	„	+ 2.80	„	+ 2.68	0.12	—
Calbe, Oberpegel	„	+ 2.26	„	+ 2.18	0.09	—
do. Unterpg.	„	+ 2.88	„	+ 2 74	0.14	—
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	12. Jan.	+ 2.30	13. Jan.	+ 2.10	0.20	—
Elbe.						
Pardubitz	11. Jan.	+ 1.25	12. Jan.	+ 1.15	0.15	—
Brandeis	„	+ 1.78	„	+ 1.70	0.08	—
Melnik	„	+ 1.30	„	+ 1.20	0.10	—
Leitmeritz	„	+ 1.18	„	+ 0.06	0.12	—
Außig	12. „	+ 1.68	13. „	+ 1.55	0.13	—
Dresden	„	+ 0.38	„	+ 0.23	0.15	—
Torgau	„	+ 2.97	„	+ 2.80	0.17	—
Wittenberg	„	—	„	—	—	—
Roßlau	„	+ 3.59	„	+ 3.50	0.09	—
Barby	„	+ 3.97	„	+ 3.88	0.09	—
Schönebeck	„	+ 3.56	„	+ 3.51	0 05	—
Magdeburg	13. „	+ 3.40	14. „	+ 3.30	0.10	—
Tangermünde	12. „	+ 4.10	13. „	+ 4.14	—	0.04
Wittenberge	„	+ 3.58	„	+ 3.64	—	0.06
Dömitz, Pegel	„	+ 2.79	„	+ 2.88	—	0.09
Lauenburg		+ 2.71	„	+ 2.82	—	0.11

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der letzte Maurerstreik in Halle ergab, wie die Hallesche Filialverwaltung des Centralverbandes der Maurer festgestellt hat, Geldstrafen in Höhe von 424,70 Mark und Gefängnisstrafen von 2 Jahren, 9 Monaten und 24 Tagen.

Der Diamantarbeiter-Streik in Amsterdam. Nach Feststellung der Organisation sind insgesamt 2456 organisierte und 150 unorganisierte Diamantarbeiter ausgesperrt, während 2274 organisierte und 60 unorganisierte arbeiten. Hierbei sind jedoch die Diamantspalter sowie die Diamantschneider und -Schneiderinnen nicht mitgerechnet. Als arbeitslos eingeschrieben waren am 3. Januar 1112, die selbstverständlich nicht bei den obenstehenden Zahlen einbegriffen sind. — Unter den arbeitenden Kollegen ist ein Manifest verbreitet worden, wodurch sie aufgefordert werden, die Ausständigen mit 10 Prozent ihres Lohnes zu unterstützen.

Lohnbewegungen in Dänemark. Die Vertreter des „Gesamtverbandes der Gewerkschaften" sowie die der „Arbeitgebervereinigung" hielten am Freitag zusammen mit den Vertretern der Reeder und der Heizer eine gemeinsame Sitzung zwecks Beilegung der Differenzen mit den Dampfschiffsheizern ab. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden, weil die Reeder auf der Reduzierung des Monatslohnes von 60 auf 45 Kronen für das erste Jahr der Anstellung beharrten. — Auch mit dem Konflikt in der Textilindustrie beschäftigte sich diese Sitzung. Aber auch hier wurde keine Regelung herbeigeführt. Der Vertreter der Fabrikanten versprach jedoch, seiner Organisation einen Antrag auf Bildung einer gemeinsamen Kommission zu unterbreiten, die eine Grundlage für weitere Verhandlungen schaffen soll. —

Der deutsche Tabakarbeiter-Verband hat gegen die Polizeidirektion in Braunschweig Klage auf Herausgabe der am 16. Dezember von dieser Behörde beschlagnahmten Bücher und Gelder des Verbandes angestrengt. Der Vertreter der Polizeidirektion beantragte vor dem Landgericht die Verweisung der Klage an den Verwaltungs-Gerichtshof, da es sich um eine Verwaltungsmaßregel handele. Der Vertreter des Verbandes erwiderte, daß auch dort schon Klage erhoben sei, hielt aber gleichzeitig die Klage vor dem Landgericht aufrecht. Die Entscheidung wurde ausgesetzt. —

Der Stadtrat von Gera im Kampf gegen das Gewerkschaftskartell. Das Gewerkschaftskartell in Gera hat wie anderwärts auch ein Auskunftsbureau eingerichtet, das jedermann kostenlos zur Verfügung steht. Der Stadtrat erklärte diese nützliche Einrichtung für einen konzessionspflichtigen Gewerbebetrieb und untersagte dem Sekretär desselben den „Gewerbebetrieb" wegen einiger kleiner Vorstrafen. Der Bezirksausschuß bestätigte die Verfügung des Stadtrats; das Ministerium hob sie jedoch auf. Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich: Der Stadtrat von Gera hat nämlich auch gefunden, daß die Mitglied-beiträge des Gewerkschaftskartells ein — steuerp Einkommen darstellen! Der Vorsitzende des Kartells t dasselbe bereits einen auf 1,20 Mark monatlich la Steuerzettel erhalten. Bis der Stadtrat mit dies ginellen Idee abgewiesen ist, taucht in ihm hoffentlich wieder eine neue ebenso gespaßige auf. — Es muß auch solche Stadträte geben. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 14. Januar 1902.

— **Eine Bierflasche als gefährliches Werkzeug.** In der Schwarzschen Lackfabrik hat sich gestern ein Arbeiter bei dem Aufziehen einer Bierflasche, deren Hals abbrach, einen Daumen derart verletzt, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Man muß also bei der Hantierung mit Bierflaschen vorsichtig umgehen. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Wir machen darauf aufmerksam, daß die mit so nachhaltigem Eindruck zur Aufführung gekommene Opernneuheit „Der polnische Jude", welche nur durch die Erkrankung des Vertreters einer Hauptpartie so lange ruhen mußte, morgen, Donnerstag, zum zweiten Male zur Aufführung kommt und zwar zusammen mit Mascagnis „Cavalleria rusticana". Da die letzte Aufführung der chinesischen Operette „San Toy" sich eines so ausgezeichneten Besuches erfreute, wird das interessante melodiöse Werk, das auch diesmal mit so vielem Beifall aufgenommen wurde, auch am Freitag zur Aufführung kommen. Die Wilhelm Meyer-Förstersche Novität „Alt-Heidelberg", welche am Sonntag zur Erstaufführung kommt, beherrscht noch fortgesetzt das Repertoire des „Berliner Theaters", dessen Hauptschlager sie geworden ist. Da das Werk auch eine Reihe ernster Scenen aufweist, mußte der Autor ihm die Bezeichnung Schauspiel geben; aber die lebensfrohen, übermütigen Schilderungen des Heidelberger Studententreibens, welche uns mitten hineinführen in die altberühmte Musenstadt am Neckar, welche Viktor von Scheffel so schwärmerisch besungen, verbreiten eine solche Frische und Fröhlichkeit über dies Werk, daß der lebhafte Erfolg, den es in Berlin und anderwärts gefunden, sehr gerechtfertigt erscheint. Den Gegensatz zu den Studentenscenen bildet die Schilderung des formenerstarrten, mit ihrer Zeit nicht mehr im Einklang stehenden Lebens an einem kleinen mitteldeutschen Duodez-Fürstentum, und bringt Typen und Charaktere, wie sie uns aus den Zeichnungen und Scherzen des „Simplicissimus" so sehr bekannt geworden. —

Parteigenossen!

Denkt bei allen Zusammenkünften an die Verbreitung der Volksstimme.

Kleine Chronik.

Sieben Personen ertrunken

sind von dem auf der Robbenplatte bei Hamburg gestrandeten Fischdampfer „Sekundant". Gerettet wurden der Kapitän Eisenhart, der Steuermann und der Koch. Voraussichtlich wird nur der Kapitän am Leben erhalten bleiben können. Die aus zehn Personen bestehende Besatzung des Schiffes hatte sich vom Dienstag bis zum Sonnabend ohne Nahrung in den Masten gehalten. Sieben Personen wurden eine nach der andern von den Wogen weggespült. —

Theaterbrand in Breslau.

Bei der Montag-Vorstellung am Breslauer Stadttheater „Der Kinder Weihnachtstraum" entstand durch Kurzschluß ein Bühnenbrand. Die Tänzerin Frege erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper. Die Damen Hübner und Rosenberg wurden leicht verwundet. Das Feuer brach um 10 Uhr aus, gerade als das Publikum das Theater verließ. Trotz der Panik entstand kein Unglücksfall. —

Säbelaffaire und Schadenersatz.

Vor dem Kreisgerichte in Teschen wurde Sonnabend der Schadenersatzprozeß des Kaufmanns Emil Aufricht gegen die Lieutenants v. Strosse und Eder wegen der ihm bei der bekannten Säbelaffaire zugefügten Verletzungen zu Ende geführt. Die von Dr. Eugen Kohn vertretene Klage verlangte die solidarische Verurteilung beider beklagten Offizie zur Zahlung von 10000 Kronen Schmerzens der Heilungskosten und des ntganges. Dr. Kohn stützte sich satzansprüche auf die Ergebnisse des M gegen die Offiziere beim Garnisonsgericht Olmütz, aus dem sich mit Evidenz die civilrechtliche Haftung der Beklagten ergebe. Der Senat verurteilte Lieutenant v. Strosse und Lieutnant Eder auf Grund des Urteils des Garnisonsgerichtes solidarisch zur Zahlung von 3040 Kronen und der Gerichtskosten an Herrn Emil Aufricht. —

Kleine Tageschronik. Im Oberpostdirektionsbezirk Halle ist 300 Telegraphenarbeitern mangels ausreichender Beschäftigung gekündigt worden. — Der in Baden bei Wien angestellte städtische Buchhalter Gustav Wachtl wurde am Montag verhaftet, weil er nach eigenem Geständnis aus der städtischen Kasse 135 000 Kronen — nach der Meinung anderer noch viel mehr — unterschlagen hat. — Der kürzlich unter dem Verdacht, an dem Tode seiner Wirtschafterin schuldig zu sein, verhaftete Pfarrer Riml wurde in Freiheit gesetzt, weil sich seine Unschuld herausgestellt hat. — Während der gestrigen Theater-Vorstellung im „Polnischen Theater" zu Posen wurde am Sonntag bei der Darstellung eines Kampfes ein Schauspieler durch einen Schuß erheblich, ein anderer durch einen Kolbenschlag im Gesicht verletzt. — Der Postagent und Stationsvorsteher Nisse in Niederullersdorf bei Hausdorf ist seit dem 9. Januar nach Verübung von Unterschlagungen flüchtig. — Die Frauenabteilung eines Irrenhauses in Laroche in Frankreich brannte in der Nacht zum Sonntag nieder, so daß die Kranken in den Hof gebracht werden mußten; am nächsten Morgen fehlten 12, die vermutlich bei Fluchtversuchen im nahen Flusse ertrunken sind. — Der Budapester Arzt Dr. Tomka hat sich durch Hinausstürzen aus dem Fenster das Leben genommen, nachdem er — vermutlich in betrügerischer Absicht infolge hoher Versicherung — vor einigen Tagen angezeigt hatte, ihm seien 180 000 Kronen durch Einbruch gestohlen worden. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Berlin, 14. Januar. Nach einem Telegramm des „Berl. Börsen-Cour." aus Wien erklärte der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Warschau, Baron Hennig, einem Interviewer, seit der Wreschener Affaire werde er bestürmt mit Anfragen über österreichische Bezugsquellen. Es sei ein großer Warenimport aus Oesterreich-Ungarn nach Rußland, und zwar nicht bloß nach Russisch-Polen bestimmt zu gewärtigen. —

Frankfurt a. M., 14. Januar. Die „Frankfurter Zeitung" berichtet aus New-York: Die Presse bringt warm gehaltene Artikel bezüglich Prinz Heinrichs Amerikafahrt. Der Grundton der Kommentare ist, daß zwar die persönliche Politik heutzutage nicht mehr die Bedeutung habe wie früher, daß indeß die Reise des Prinzen nicht verfehlen könne, die guten Beziehungen zwischen den beiden Mächten zu festigen. —

London, 14. Januar. Lord Pensag, Führer der liberalen unionistischen Gruppe hat seine Demission gegeben mit dem Hinweis darauf, daß eine Existenzberechtigung dieser Gruppe nicht mehr vorhanden sei. Er hat die Mitglieder ersucht, entweder sich den Konservativen anzuschließen oder eine besondere Gruppe zu bilden, welche Lord Rosebery unterstützt. —

Madrid, 14. Januar. Die aus den Tabaksfabriken entlassenen Arbeiter wollten gestern eine Kundgebung vor dem Palaste veranstalten, die Polizei verhinderte sie jedoch daran. Einer Deputation von Arbeitern gelang es indessen, im königlichen Palais Einlaß zu finden und dort ihre Wünsche vorzutragen. — Aus Barcelona wird berichtet: die Ausständigen verursachten in den Werkstätten großen Schaden. Polizei und Militär mußte einschreiten, um die Ordnung wieder herzustellen. —

Washington, 14. Januar. In der Kammer brachte der Abgeordnete Crumpack einen Gesetzentwurf, betreffs Bestrafung von Personen ein, die sich an einer Lynchung beteiligen, und der die Todesstrafe für diejenigen Personen vorsieht, welche ein Komplott zu einer Lynchung organisieren.

Zum Kriege in Südafrika.

London, 14. Januar. Zu der gestrigen Rede Sir Campbell Bannermans in der liberalen Vereinigung Londons wird noch gemeldet: „Redner führte aus, der Friede müsse durch Verständigung, auf dem Wege der Unterhandlung und nicht durch die Gewalt herbeigeführt werden. Er glaubt jedoch, daß es unmöglich sei, den Krieg zu beenden, so lange Milner und Chamberlain am Ruder sind.

Pretoria, 14. Januar. Die Zahl der kämpfen- ren und Rebellen beläuft sich noch immer auf 0 Mann. —

Frankfurt a. M., 13. Januar. Im Kwansu-Gebiet ist neuer- Goldfieber ausgebrochen. Ein in Port Arthur wohnender russischer Berg-Ingenieur, den die Regierung beauftragt hat, Goldsuchern Erlaubnisscheine auszustellen, hat 300 Konzessionen bereits ausgefolgt. —

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) Bei der öffentlichen Subskription für die Wahl nationalistischer Kandidaten wurden 317 580 Frank gezeichnet. —

London, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) Lord Kitchener meldet aus Johannesburg, daß der Burenkommandant Oppermann im Gefecht mit dem Obersten Plumer gefallen sei. —

Warschau, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) Der verstorbene Staatsrat Bloch hat 500 000 Rubel für wohlthätige Zwecke vermacht. Hierbei sind 50 000 Rubel, welche für die Propaganda der Friedensidee verwandt werden sollen. Der Sohn Blochs ist testamentarisch verpflichtet, dieserhalb mit dem Berner Friedenskomitee in Unterhandlung zu treten. —

Emden, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme".) In dem Hotel Lichtmühl bei Pinsdorf explodierte ein Acetylenapparat, so daß fünf Personen schwer verletzt wurden. —

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme.") Gestern starb in Benagère der älteste Bürgermeister von Frankreich im Alter von 105 Jahren. —

Im

Inventur-Räumungs-Verkauf

Feder-Boas

hervorragend

billig

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

1857

Einer sage es dem andern!

Wegen vollständiger Auflösung unserer hiesigen Filiale

Total-Ausverkauf

unserer anerkannt bewährten

Schuhwaren

teils bis zu

40 Prozent 40

Ermässigung. 1831

Schuhfabrik

O. Wetzel & Co.

69|70 Breiteweg 69|70

neben der Fontaine gegenüber Café Hohenzollern.

Vereine!

Zu Verlosungen bei Vereinsfestlichkeiten

empfehlen wir:

Photographie-Albums

Postkarten-Albums

Vorzügliche Muster in Schreibzeugen

Grosse Auswahl in Geschenk-Litteratur

billigen Prachtwerken usw.

Buchhandlung Volksstimme.

Därme=

Leber- und Gewürz-Handlung von **H. Reich,** Magdeburg, Wilhelmstraße 15.

Fernsprecher 1236.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Es werden gesucht:

Tüchtige Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen Landwirtschafterinnen, einf. Stützen und Kindersträuleins.

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernte Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Haus- und Laufburschen, ferner Mädchen für alles mit und ohne Kochkenntnisse Kindermädchen, Kindersträuleins Aufwartungen und Waschfrauen.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse

---

Schuhwaren.

Herren-Schaftstiefel v. 5 Mk. an, Herr.-Schaftstiefel, extra stark, 6.75 u. 7.50, Mädch.-Rostl-Knopfst. v. 2.50—4.25, gest. Kommißst., lange u. kurze, gest. Herren-, Damen- u. Kinderst., **zurückgesetzte Schuhw.** aller Art zu bill. Preisen. **Heinrich Gaedecke,** Katharinenstraße 5. 566

H 29

Polyphon-Musikwerke

Selbstspielende u. zum Drehen mit auswechselbaren Metall-Notenscheiben zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

Phonographen. Grammophone

nur erstklassige, tadellos funktionirende Apparate mit Wachswalzen u. Hartgummiplatten zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

Photogr. Apparate

aller Systeme sowie sämmtl. Zubehör u. Bestandteile. Nur erstklassige Fabrikate gegen mässige Monatsraten.

Illustr. Spezialkataloge über jeden Artikel gratis u. franco.

BIAL & FREUND in Breslau II.

Was muss man von der Elektricität wissen? ? ?

von Dr. G. Bünger.

Mit vielen Illustrationen. Mk. 1.

Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Ausverkauf in **Winterhüten Puppen** und **Spielwaren** 1795

— wegen vorgerückter Saison — Preise bis 33⅓ Prozent ermäßigt.

Alfr. Sengebusch Sudenburg.

Was muss man von der Kulturgeschichte wissen?

Altertum. Mittelalter. Neuere Zeit. Von Dr. Erich Meißner. Mk. 2.—

Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Rot. Ausstatt.-Bett, hochf., 30 Mk. sof. zu verk. **Tischlerbrücke 6,** H. II.

Nähmaschine gut nähend, unter Garantie f. 20 Mk. zu verk. Kreuzgangstr. 7, I., d. a. Dom

---

Keine Berufsstörung Großartige Erfolge! Selbst bei für unheilb. gehalt. Leid. **Hoffmeister,** Magdeb., Bismarckstr. 7. Sprechst. 8—5 und 7—9 Uhr. Gr. Verschwiegenheit! **Auch schriftlich!**

Gänsepökelfleisch

nur bei Vorzeigung dieser Annonce Pfd. 55 Pf. **Moritz Weinberg.**

Sie erhalten **Küchenschränke** einzeln mit **5 Mark Anzahlung** und wöchentlich **1 Mark Abzahlung.**

Hermann Liebau

Breiteweg 127 F103

Ecke Schrotdorferstr., gegenüber der Katharinenkirche.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, die uns und unsere Sache unterstützen.

Fast neue Waschmaschine, Kinderwagen, Kinder-Sportwagen billig zu verkaufen.

B. Wolff 1816

Gr. Marktstraße 16.

Was muß man von der . . . . **Chemie wissen?** Von Dr. W. Baringer. Mk. 1.—

Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme Magdeburg.**

Prachtv. Geb. Betten, 21 u. 26 M. sof. zu verk. **Bandstr. 7,** II. links

---

Naturbutter 10 Pfd.-Kolli M. 6.50 Blütenhonig M. 4.50 fr. geschl. fette Gans a Stück M. 4.50 H. Spitzer, Probuzna 14 via Breslau.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt Schmidtstraße 61.

Mittwoch: Kohlrüben m. Schweinefleisch.
Donnerstag: Linsen m. Rindfleisch.

Heute, Mittwoch:

Schlachte-fest. 1858

Wilh. Lackenmacher Alte Neustadt Ottenbergstraße 13.

Als Komiker

empfiehlt sich den geehrten Gewerkschaften und Vereinen 582

W. Hoffmann

Kl. Klosterstraße 13

Mitglied des Metallarb.-Verbandes.

Tücht. Zwicker und Zwickerin sucht 580

A. Rosenburg, Ankerstraße 1.

Danksagung.

Herzlichen Dank sagen wir allen denen, welche unserem lieben Sohn und Bruder **Otto** das letzte Geleit gaben und den Sarg mit Kränzen schmückten; insbesondere auch Herrn Pastor Reinhardt für die trostreichen Worte an der Bahre. 583

Hermann Lehmann, Zimmerer und Familie.

Die Neue Welt

von 1901

kann zum **Einbinden** bei uns abgeliefert werden.

Buchhandlung Volksstimme.

Vertrauensmänner der Gewerkschaften Halberstadts.

Donnerstag, 16. Januar, abends 8½ Uhr, „Münchener Bierhalle"

Versammlung.

1855 **Der Einberufer.**

Burg. Hohenzollernpark

Sonntag, den 25. Januar

Gr. Maskenball

des Gesangvereins Vorwärts

verbunden mit großartigen Aufführungen.

Eintrittskarten à 30 Pfennig sind zu haben bei den Mitgliedern Reinecke, Markt; Bergner, Berlinerstr.; Kohlhase, Linde; Jesse, Holzstr.; Siemens, „Bayerisch. Hof"; Pohlmann, Kl. Hof; Tillner, Deichstraße, und Eicke, „Hohenzollernpark".

Es ladet freundlichst ein

1856 **Der Vorstand.**

Gewerkschafts-Kartell Aschersleben. 1845

Mittwoch, d. 15. d. M., abends 8 Uhr

Sitzung.

Tages-Ordnung: Gewerbegericht.

Der Vorstand.

Burg.

Zu den bevorstehenden **Maskenbällen** biete meine reichhaltige

Masken-Garderobe

zur fleißigen Benutzung an. 1785

Ernst Bremer

Maskengarderobe u. Verleih-Institut **Burg b. M.,** Bruchstraße 39.

Walhalla.

Das erfolgreichste Programm der Saison!

Kommen! Sehen!

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 15. Januar 1902:

Theater-Konzert.

Cirkus Variété.

Direktion: **Fr. Schmidt.**

Heute zum letzten Mal:

das großartige sensationelle Programm.

Ab 16. Januar:

vollständig neues Programm.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

— Der Cirkus ist gut geheizt. —

Standesamt.

Magdeburg, 13. Januar.

Aufgebote: Geschäftsreisender Walter Freitag mit Elisabeth Kieß hier. Städt. Lehrer Herman Stolle mit Marie Schlaf hier. Versicherungs-Beamter Ernst Gaulke mit Luise Klemm hier. Kaufmann Paul Natho mit Elfriede Roy in Görlitz.

Geburten: Fritz, S. des Oberkellners Max Rahm. Walter, S. des Eisenb.-Hilfsbremsers Franz Paasche. Willy, S. des Arbeiters Friedrich Lübke. Otto, S. des Militär-Anwärters Otto Dreyer. Ilka, T. des Tischlers Paul Schildhauer.

Todesfälle: Selma Weese, unv., 37 J. 5 M. 9 T. Marie geb. Raßmann, Wwe. des Bankdirektors Otto Schwanert, 73 J. 8 M. 10 T. Gertrud, unehelich, 3 J. 4 M. 21 T. Karl, S. des Regier.-Boten Karl Bestehorn, 1 J. 3 M. 2 T. Karl Kahlbau, Goldschmied, 85 J. 7 M. 1 T.

Totgeburten: E. T., unehel. E. T. des Drahtweb. August Bunte. E. S. des Fabrikarb. Georg Gaserick.

Buckau, 13. Januar.

Geburten: Martha, T. des Landbriefträgers Richard Schützendübel in Görzke. Hedwig, T. des Zimmermanns Julius Schmoock.

Todesfall: Wwe. Auguste Drigalsky geb. Wieprecht, 78 J. 5 M. 14 T.

Sudenburg, 13. Januar.

Aufgebot: Arbeiter Bernhard Heinrich Friese mit Karoline Wilhelmine Friederike Ritter.

Geburt: Karl, S. des Schmieds Robert Otto.

Todesfälle: Steueraufseher a. D. Heinrich Eckermann, 73 J. 4 M. 9 T. Henriette geb. Artes, Ehefrau des Viktualienhändlers Julius Honig, 66 J. 6 M. 14 T. Schuhmach. August Lehmann, 50 J. 6 M. 17 T. Alfred, unehelich, 9 M. 9 T. Franz, unehel., 1 J. 1 M. 11 T.

Neustadt, 13. Januar.

Geburten: Karl, S. des Bäckers August Kniebusch. Lucie, T. des Wächters Wilhelm Dankert. Anna, T. des Geschäftsreisenden Conrad Göldner.

Todesfälle: Elli, T. des Arbeiters Friedrich Schmidt, 13 J. 4 M. Helene, T. des Portiers Ernst Tacke, 1 M. 25 T. Gertrud, T. des Maurers Wilhelm Warnstedt, 4 J. 8 M. 17 T.

Aschersleben.

Aufgebot: Arbeiter Hermann Schmidt mit Selma Otto.

Geburten: S. des Hausdien. August Fänicke. S. des Bergarbeiters Franz Zeidler. T. des Fleischers Karl Stackmann. T. des Bergarb. Otto Wenzel.

Todesfälle: Kaufmann Gustav Drosihn, 47 J. 1 M. 23 T. Paul, S. des Bergarbeiters Gottlieb Weile, 6 T.

Burg, 13. Januar.

Aufgebote: Handschuhmacher Otto Emil Louis Bärnkopf mit Anna Marie Helene Groeper. Cigarrenmacher Arnold Tillner mit Friederike Dorothee Elisabeth Brauer.

Geburten: Sohn des Former Emil Wartenberg. Tochter des Weißgerbers Otto Badewitz.

Todesfälle: Zwicker Hugo Stübner, 34 J. Arbeiter Erdmann Kettel, 61 J.